Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". [Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 68. Dienstag, den 22. März 1898. 5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote".)

(Schluß.)

Wurm (SD.): Unser Antrag liegt im Interesse der gesammten Presse. Der Redakteur nimmt denselben Vertrauensposten ein wie der Arzt oder Rechtsanwalt, denen die Wahrung des Berufsgeheimnisses vor Gericht zugestanden ist. Die deutsche Presse ist Vertreterin des Vertrauens des Volkes, und sie muß verlangen, daß sie von der Tortur des Zeugnißzwanges befreit wird. In letzter Zeit wird dieser Zwang besonders von der Militärbehörde gern benutzt, um den Redakteur, den man sonst nicht packen kann, auf andere Weise zu schikaniren, weil er Dinge zur Sprache gebracht hat, die der Behörde unliebsam sind. Besonders unliebsam sind ihr aber Dinge, die auf Wahrheit beruhen und bei deren Mittheilung man gegen den Redakteur sonst nicht gerichtlich vorgehen kann. Man stellt dann die Vermuthung auf, daß dem Redakteur die wahren Mittheilungen von einem Beamten geworden sind und eröffnet ein Disziplinarverfahren gegen „Unbekannt." Der Redakteur wird als Zeuge geholt und vor die Wahl gestellt, entweder zum Verräther zu werden, oder 6 Monate lang zu sitzen. Diese Ausdehnung des Zeugnißzwangsverfahrens auf Disziplinaruntersuchungen wird in der Praxis regelmäßig durchgeführt. Der Zweck ist natürlich, die Mittheilung der Wahrheit durch die Presse unmöglich zu machen. Dabei ist man nun schon beim Druckerlehrling angekommen. Das Wort des jungen Mannes: „Ich will nicht zum Verräther werden", hat überall Widerhall gefunden. Gegen die „Frankf. Ztg." wurde von der Militärbehörde kürzlich ein Zeugnißzwangsverfahren anhängig gemacht, nur weil sie mitgetheilt hatte, daß Truppen bei heißem Wetter Marschübungen gemacht hätten. Wir sind wahrhaftig von der Preßfreiheit, die vor 50 Jahren verheißen wurde, noch weit entfernt. Die Aufhebung des Zeugnißzwanges ist die wichtigste Maßregel, um die Preßfreiheit zur Wahrheit zu machen. Sie werden unseren Antrag heute ablehnen, aber wir kommen wieder! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Liebknecht betritt in diesem Augenblick den Saal. Seine Parteifreunde begrüßen ihn auf das Herzlichste. Auf seinem Platze liegt außer zahlreichen Begrüßungstelegrammen ein schöner Strauß rother Rosen, von dem eine rothe Schleife herabhängt.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt, ebenso ein weiterer, der die Streichung eines Paragraphens beantragt, der die Verweigerung von Aussagen im Interesse des Dienstgeheimnisses zuläßt.

Stolle (SD.) hatte diesen Antrag kurz begründet.

Die Paragraphen 180 bis 231 gelangen debattelos zur Annahme.

Die Weiterberathung wird sodann auf Sonnabend 1 Uhr vertagt. Außerdem: Entschädigung unschuldig Verurtheilter; Dampfersubventionsvorlage.

Schluß 5¼ Uhr.

Aus dem Reichstage. Nach der gestrigen aufgeregten Sitzung herrschte heute friedliche Stimmung. Die Militärstrafprozeßordnung mit ihren 450 Paragraphen wurde heute in zweiter Lesung erledigt, auch das Einführungsgesetz wurde angenommen. Die Frage, ob Bayern seinen obersten Gerichtshof in Militärsachen behalten soll, wurde nicht diskutirt, nachdem der Reichskanzler erklärt hatte, daß die Verhandlungen darüber in Bayern noch schwebte. Als der zweite Gegenstand der Tagesordnung das Gesetz über die im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochenen an die Reihe kommen sollte, bezweifelte Genosse Singer mit Erfolg die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wurde abgebrochen. Montag soll die Etatberathung fortgesetzt werden.

Berlin, den 19. März 1898.

65. Sitzung.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Goßler.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung der Militärstrafgerichtsordnung.

Die §§ 232 bis 269 werden debattelos angenommen.

§ 270 lautet: Die Oeffentlichkeit kann für die ganze Verhandlung oder für einen Theil derselben durch Beschluß des Gerichts ausgeschlossen werden, wenn sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung insbesondere der Staatssicherheit oder eine Gefährdung nichtdienstlicher Interessen oder eine Gefährdung der Sittlichkeit besorgen läßt.

Unberührt bleibt die dem Kaiser zustehende Befugniß, allgemeine Vorschriften darüber zu erlassen unter welchen Voraussetzungen das Gericht die Oeffentlichkeit der Verhandlung wegen Gefährdung der Disciplin auszuschließen hat.

Die Abg. Munckel und Beckh (FVp.) beantragen, den zweiten Absatz zu streichen.

Die Abg. Auer und Gen. (S.) beantragen, im ersten Absatz die Worte von „der öffentlichen Ordnung" bis „Interessen oder eine Gefährdung" zu streichen; ferner Absatz 2 zu streichen.

Oertel (SD.): Wir können dem vorliegenden Paragraphen nicht zustimmen, weil nach unserer Meinung die Ausdrücke Staatssicherheit, militärische Interessen 2c. außerordentlich dehnbar und kautschukartig sind. Zum Beispiel kann gesagt werden, die öffentliche Erörterung von Ungehörigkeiten der Untergebenen gegen die Vorgesetzten schädige die militärischen Interessen und die Oeffentlichkeit sei daher auszuschließen. Der Ausdruck „militärdienstliche Interessen" scheint der Verwaltung besonders an's Herz gewachsen zu sein. In der Kommission ist aber über den Begriff wenig Auskunft gegeben worden; das Wort wurde dort an die Stelle der fehlenden Gründe gesetzt. — Die Hauptsache sind für uns die Erklärungen des Kriegsministers in der Kommission. Er erklärte dort, das Militärstrafverfahren sei auf die Oeffentlichkeit gar nicht eingerichtet, und wenn man die Stimmung in den preußischen Militärkreisen kennt, kann man allerdings zu der Ueberzeugung kommen, daß die Oeffentlichkeit dort sehr gehaßt wird. Ferner erklärte er, bei einer Umfrage bei den Generalkommandos hätten sich alle bis auf zwei gegen die Oeffentlichkeit ausgesprochen. Die Gefahren der Oeffentlichkeit lägen auf der Hand, zersetzenden Einflüssen müsse vorgebeugt werden und ähnliche Aeußerungen hätten sich in den Antworten gefunden. Wir müssen demnach fürchten, daß in der That die Oeffentlichkeit in den allermeisten Fällen ausgeschlossen werden wird und beantragen daher die Streichung der leicht mißzudeutenden Worte. Ferner beantragen wir die Streichung des Absatzes II. In der Kommission hatte übrigens das Zentrum genau denselben Antrag gestellt, aber nach einer Erklärung der Regierung zog es ihn zurück, wie das ja in letzter Zeit häufig vorgekommen ist. Wenn man meint, der Absatz II schaffe kein neues Recht, sondern erkenne nur den bestehenden Zustand an, so trifft das nicht ganz zu. Es ist eine neue Erscheinung, daß der Kaiser den Richtern bestimmte Anweisung geben kann und wir müssen die volle Selbstständigkeit der Richter verlangen. Ebensowenig ist die Berufung auf das bayrische Verfahren am Platze. Gewiß besteht auch dort die Möglichkeit, die Oeffentlichkeit auszuschließen, aber wir können nach 30jähriger Praxis konstatiren, daß dieselbe in der That in den allerseltensten Fällen ausgeschlossen worden ist. Und schließlich, wenn dort die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wird, so sind noch Kautelen vorhanden — dieselben, die wir in unseren Eventualantrag aufgenommen haben — um dem Angeklagten einen besseren Schutz zu gewähren. Uebrigens haben sich auch Leute wie Reichsgerichtsrath Stenglein, die mit der Sozialdemokratie nicht das Geringste zu thun haben, in unserem Sinne geäußert. Mit Annahme unseres Antrages erweisen Sie der öffentlichen Rechtssicherheit einen Dienst, denn Alles, was das Licht der Oeffentlichkeit scheut, ist im höchsten Maße bedenklich. (Beifall links.)

§ 270 wird hierauf nach Ablehnung der Gegenanträge in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso die §§ 271—274, wobei aber in § 274 der Satz, dem Verletzten ist der Zutritt zu öffentlichen Verhandlungen in allen Fällen zu gewähren, auf Antrag Bassermann (natlib.) ersetzt wird durch den Satz „doch kann auch in diesen Fällen dem Verletzten der Zutritt gestattet werden." Nach § 275 kann der Zutritt zu öffentlichen Verhandlungen weiblichen Personen versagt werden.

Bebel (SD.): Der § 275 stellt eine schwere Beleidigung des weiblichen Geschlechts dar. Ich bin überzeugt, Ihre Frauen, Töchter und Mütter würden diese Beleidigung auch empfinden, wenn sie lesen würden, daß sie unerwachsenen Personen und solchen, die die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben, gleichgestellt werden. Haben denn die Militärpersonen Anlaß, vor dem weiblichen Geschlecht Scheu zu haben? Glauben Sie denn, daß die Verhandlungen Schauspiele werden können, zu denen sich Frauen drängen? Wenn Sie an Ihre eigenen Frauen denken, an Ihre Mutter und Schwestern, müßten Sie sich schämen, eine solche Bestimmung anzunehmen.

Spahn (Centr.) befürwortet die Bestimmung mit Rücksicht auf die zahlreichen Sittlichkeitsvergehen.

von Stumm (Rp.): Den Frauen passirt hier nur dasselbe wie beim allgemeinen politischen Stimmrecht.

Bebel (SD.): Wir verlangen völlige Gleichberechtigung der Frauen, wie sie ja auch vor dem Strafrichter stattfindet. Mit der Opportunitätspolitik des Centrums ist uns nicht im Geringsten gedient.

Hierauf wird § 275, nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags in der Kommissionsfassung angenommen. Ebenso die §§ 276—325.

§ 326 handelt von der Zulassung der Vertheidiger uns läßt nur solche Rechtsanwälte zu, welche von der obersten Militairverwaltung ernannt sind.

von Staudy (kons.) beantragt die Streichung des letzten Absatzes, der unter gewissen Umständen einem bei den deutschen Gerichten zugelassenen Rechtsanwalt die Uebernahme der Vertheidigung vor dem Militärgericht gestattet.

Oertel (S.) beantragt, sämmtliche Rechtsanwälte zuzulassen, welche bei einem deutschen Gericht zugelassen sind. Wir wollen keineswegs, daß die sozialdemokratischen Rechtsanwälte in den Militärgerichten Propaganda treiben. Das haben wir nicht nöthig, ohnehin werden genügend viel Leute, die Jahre lang in den Kasernen gewesen, Sozialdemokrat. Wir erachten unsern Antrag nur als das Gebot des allgemeinen Rechtsgefühls, wenn die Militärverwaltung sich vor unabhängigen Rechtsanwälten auch zu fürchten scheint. (Bravo! links.)

Generallieutenant v. Viebahn: Die Militärverwaltung fürchtet sich überhaupt nicht (Große Heiterkeit); sie wünscht Ablehnung des sozialdemokratischen und Annahme des konservativen Antrages.

Beckh (FVp.): Kein bürgerlicher Rechtsanwalt wird sich nach der unangenehmen Aufgabe reißen, vor einem Militärgericht zu vertheidigen, aber aus Gründen des allgemeinen Rechts können wir die Allmacht des Gerichtsherrn nicht uneingeschränkt lassen.

Dr. Schmidt-Mainz (C.) befürwortet die Commissionsbeschlüsse. Das Interesse des Rechtsanwaltsstandes müßte zurücktreten.

v. Puttkamer (K.) befürwortet den Antrag der Konservativen. Im Interesse der Disciplin dürfte nicht jeder beliebige bürgerliche Rechtsanwalt zugelassen werden.

Die Diskussion wird geschlossen.

Unter Ablehnung sämmtlicher Abänderungsanträge wird die Kommissionsfassung des § 326 genehmigt.

Angenommen werden debattelos die §§ 327—419.

§ 420 handelt von dem Wiederaufnahmeverfahren. Absatz 5 lautet:

Wiederaufnahme findet statt, wenn neue Thatsachen oder Beweismittel beigebracht sind, aus denen allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen sich die Unschuld des Verurtheilten sei es bezüglich der ihm zur Last gelegten That überhaupt, sei es bezüglich eines die Anwendung eines härteren Strafgesetzes begründenden Umstandes ergiebt oder doch dargethan wird, daß ein begründeter Verdacht gegen den Angeklagten nicht mehr vorliegt.

Die Abgg Auer (SD) und Beckh (FVp) beantragen übereinstimmend folgende Fassung:

„Wenn neue Thatsachen oder Beweismittel beigebracht sind, welche allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen die Freisprechung des Angeklagten oder in Anwendung eines milderen Strafgesetzes eine geringere Bestrafung zu begründen geeignet sind.

Nachdem Abg. Beckh den Antrag begründet hat, wird die Kommissionsfassung unter Ablehnung der Anträge Auer und Beckh angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos genehmigt, ebenso wird folgende von der Kommission beantragte Resolution angenommen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, nach dem Vorgange der Veröffentlichungen über die Statistik der von den bürgerlichen Gerichten erledigten Strafsachen auch die Veröffentlichung einer Statistik über die nach der Militärstrafgerichtsordnung behandelten Fälle zu veranlassen.

Es folgt die Berathung des Einführungsgesetzes zur Militärstrafgerichtsordnung.

Zu § 33 (bayerische Klausel, betr. den obersten Militärgerichtshof) erklärt

Frh. v. Hertling (C.), seine Freunde hätten sich die Wiederholung ihrer seiner Zeit in der Kommission gestellten Anträge vorbehalten, da die Verhandlungen noch schwebten, und die Hoffnung nicht aufgegeben sei, daß es zwischen der preußischen und der bayerischen Regierung noch zu einer Einigung komme.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Ich sehe mich veranlaßt, den Reichstag zu bitten, von der Berathung der Frage des obersten Gerichtshofes für Bayern einstweilen abzusehen. Was die Voraussetzung des Herrn Vorredners anlangt, so kann ich sie durchaus bestätigen. Der § 33 ist aus dem Bestreben hervorgegangen, die Frage noch offen zu lassen, bis eine Verständigung erzielt worden ist. Diese Verständigung ist angebahnt zwischen Se. Majestät dem Kaiser und Se. Königl. Hoheit, dem Prinz-Regenten von Bayern. Gelingt diese Verständigung, und ich zweifle nicht daran, so wird die weitere Regelung der Frage leicht sein. Es empfiehlt sich daher, die Berathung auszusetzen und das Resultat jener Verständigung abzuwarten, ehe der Reichstag in die Verhandlung dieser Frage eintritt.

§ 33 wird hierauf angenommen; damit ist das Einführungsgesetz erledigt.

Das Disziplinargesetz für die Militärjustizbeamten wird debattelos genehmigt.

Hierauf soll nach der Tagesordnung der neulich infolge Beschlußunfähigkeit des Hauses abgebrochene zweite Berathung des Gesetzes betr. die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen fortgesetzt werden.

Es muß zunächst die damals resultatlos verlaufene namentliche Abstimmung über § 1 wiederholt werden.

Singer (SD.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Der vorgenommene Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 165 Mitgliedern. Das Haus ist nicht beschlußfähig.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr Tagesordnung: Etat des Reichsamt des Innern, des Pensionsfonds, der Reichseisenbahnen u. s. w.

Schluß 5 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Beschimpfung der Kämpfer des 18. März 1848, die der preußische Junker von Puttkamer am Freitag im Reichstage verübte, indem er dieselben als „Gesindel" bezeichnete, dürfte in den weitesten Volkskreisen eine gewaltige Erbitterung hervorgerufen haben. Solch einen Ausspruch zu thun, dazu gehört der ganze Unverstand und die brutale Unverschämtheit, die das Junkerthum überhaupt karakterisirt. Aus des Puttkamers Worten sprach der glühende Haß gegen den freiheitlichen Geist. Daß der König vor den Gesindel- und Rebellen-Leichen in tiefster Erschütterung den Hut zog, kümmert die reaktionäre Sippe nicht, die die Erinnerung an die Märztage des „tollen Jahres" am liebsten vernichten, wenigstens aber trüben und fälschen möchten. Als die Leichen der Märzkämpfer im Friedrichshain bestattet wurden, sprach der Prediger Sydow folgende Worte:

„Wofür unsere Väter in den großen Kriegen um unsere Freiheit gestritten haben, was mehr oder weniger durch die Unbill der Herrscher und durch die Ungunst der Zeiten uns vorenthalten und verkümmert worden, es ist jetzt errungen, daß wir es bewachen, daß wir es nicht von Neuem verlieren, daß wir es nun ordnungsmäßig ausgestalten. Ehre jedem Stande und jeder gerechten Forderung gerechte Rücksicht. Das sind die Früchte, die dieses vielbeweinte Samenkorn bringen wird, das wir hier in diese weitklaffende Furche unserer freien, vaterländischen Erde versenken. In dem Denkstein, der diese Stätte zieren wird, welche die Gebeine der Märtyrer

unserer Freiheiten und Rechte umschließt, wird eine Seele heiliger Erinnerung wohnen. Künftige Geschlechter sollen zu ihm pilgern, und er wird ihnen von den großen Zeichen berichten, die Gott der Herr in diesen schweren Zeiten gethan, und er wird Kindern und Kindeskindern zur Warnung und Lehre, zu Trost und stolzer Freude von den Leiden und Thaten ihrer Väter und Mütter erzählen!"

So sprach ein Diener der Kirche und zwar ein hervorragender — über das „Gesindel" der Freiheitskämpfe und die Revolution. Als Werkzeuge des Willens Gottes hat Sydow diese Kämpfer gefeiert. Dem „frommen" Puttkamer sind sie ein „Auswurf der Menschheit." Am selben Tage, als dieser „Edelste der Nation" den Versuch unternahm, im Parlament der deutschen Nation, die Kämpfer cynisch zu verunglimpfen, schreibt die „Frankf. Ztg.":

„Mit der Fabel, die Erhebung Berlins sei das Werk gewissenloser Demagogen, volksfremder Elemente gewesen, ist es längst vorbei. Sie mochte bei dem Preußenkönig williges Gehör finden, aber vor dem Licht der Wahrheit konnte sie nicht bestehen. Die Geister waren wach geworden, der Drang nach einer Rechtsgrundlage für Staat und Gesellschaft hatte sich ihrer bemächtigt und trieb sie da, wo ihnen ein absoluter Wille entgegenzustellen sich vermaß, oder wo der Karakter des Herrschers ihnen für Erfüllung schöner Versprechungen keine Gewähr bot, zum Aeußersten, zur Einsetzung ihrer Person für die Sache, der sie sich geweiht hatten. „Und setzet Ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein!" nicht umsonst hatte es der große Dichter jenem Geschlecht gesungen.

„So war es am achtzehnten März in Berlin, als Jung und Alt, den Versprechungen des Königs mißtrauend, dem Rufe: „Auf die Barrikaden!" folgte und ohne Vorbereitung, ja fast ohne Waffe den Kampf gegen die starke Militärgewalt aufnahm, die sich im Banne der Disziplin dem Volke entgegenstellte. Wie hat man nicht diesen Kampf, der auf beiden Seiten so blutig war, zu verlästern und zu erniedrigen gesucht! Aber auch hier ist die Wahrheit Siegerin geblieben, und was kündet sie den nachlebenden Generationen? Daß sich das Volk erhoben hatte nicht etwa, um verbrecherischen Gelüsten zu fröhnen, sondern um den Absolutismus zu brechen, um dem Staate eine Grundlage zu schaffen, die ihn befähigen sollte, seine nationale und historische Mission erfüllen zu können. Nur das, nichts Anderes und nichts mehr. Und frage man sich heute: Wäre das absolutistisch regierte Preußen ohne den Tropfen demokratischen Oeles, der ihm durch die Erhebung des Volkes zu Theil wurde, im Stande gewesen, dem deutschen Volke einen Kaiser zu geben."

Gewiß, das Jahr 1848 mit seinen Ereignissen hinweggenommen aus der deutschen Geschichte, und von einem König von Preußen als deutscher Kaiser könnte keine Rede sein. Aber was gilt diese Wahrheit dem preußischen Junkerthum? „Gesindel" sind die Männer, die den Absolutismus brachen! So sagt der Puttkamer, und damit zeigt er dem deutschen Volke, wo es seine Feinde zu suchen hat!

Zu der Resolutionskomödie der Flottenpatrioten schreibt die Kölnische „Volkszeitung", das rheinische Centrumsblatt:

Der Kommissionsbeschluß ist rein negativer Natur. Man hat aber noch weiter verlangt, daß positiv ausgesprochen werde: die Mehrkosten sollen von den steuerkräftigen Schultern getragen werden. Dies ist im Gesetze selbst nicht zum Ausdruck gekommen. Man hat sich vielmehr begnügt mit der auf Grund übereinstimmender Erklärungen der einzelnen Bundesregierungen abgegebenen Zusage: Sollte das Gesetz die Erhöhung bestehender oder die Einführung neuer Landessteuern in den Einzelstaaten nothwendig machen, so werden die Einzelregierungen darauf Bedacht nehmen, die stärkeren Steuerkräfte heranzuziehen. Ein alsbald ausgegebenes offiziöses Communique preist das als „ein sehr weitgehendes Entgegenkommen, das beweise, daß den Regierungen sehr daran gelegen sei, zu einer Verständigung zu kommen und Beunruhigungen irgend welcher Art zu vermeiden." Das fragliche Communique kann aber doch nicht bestreiten, daß sich noch starke Bedenken erheben lassen. Diese glaubt es mit der Betonung der „großen nationalen Bedeutung" des Zustandekommens des Gesetzes beschwichtigen zu können. Eine wirklich durchschlagende Bürgschaft gegen neue indirekte Steuern bildet allerdings nur der Reichstag selbst. Die schönsten und „bindendsten" Gesetzesparagraphen können jeden Augenblick beseitigt werden, sobald der Reichstag einverstanden ist. Ein Reichstag, der bereit wäre, neue indirekte Steuern zu bewilligen, wird sich durch kein Gesetz daran hindern lassen, sondern dieses Gesetz einfach ändern. Das Gesetz hat nur einen gewissen moralischen Werth; es erschwert den Regierungen und dem Reichstage, neue Steuern einzuführen, hindert sie aber nicht. Darum ist die Hauptsache, daß kein Reichstag kommt, der über die Steuerfrage anders denkt, als der jetzige. Wir glauben, an einen solchen Reichstag ist einstweilen nicht zu denken, und darin sehen wir mehr Gewähr, als in dem neuen Gesetzesparagraphen und in der Erklärung der Regierungen.

Unbefriedigend ist nach unserer Auffassung das hinsichtlich der etwa nothwendig werdenden Heranziehung der direkten Steuern in der Kommission erreichte. Nach der Namens der Einzelregierungen abgegebenen Erklärung des Staatssekretärs Grafen v. Posadowsky werden diese Regierungen „darauf Bedacht nehmen", eine eventuelle Erhöhung der Matrikularbeitrage durch Belastung der stärkeren Schultern bei den direkten Steuern zu decken. Das ist wenig, sehr wenig Sicherung. Wenn man auch annehmen will, daß es den Regierungen mit der „Bedachtnahme" ernst gemeint ist, so ist doch damit bezüglich der Landtage keinerlei Garantie gegeben Wie nun, wenn die Landtage, insbesondere der aus dem Dreiklassenwahlsystem hervorgegangene preußische Landtag, eine im Rahmen der Posadowskyschen Erklärung sich bewegende Vorlage ablehnen?

Die Stimme eines Achtundvierzigers. Aus London schreibt dem „Vorwärts" der alte Leßner:

Verehrte Parteigenossen!

Wenn man heute in jene bewegte Zeit von 1848 zurückdenkt, in welcher die Hoffnungen bei Denjenigen, die damals schon für die Emanzipation der arbeitenden Klasse wirkten, so groß waren, so mag es, oberflächlich betrachtet, für viele so scheinen, als ob in einer so langen Zeit politisch sowohl wie ökonomisch wenig erreicht worden ist.

Dennoch hat die Arbeiterklasse große Resultate seit jener Zeit aufzuweisen Wenn man damals die aufgeklärten Arbeiter nach Hunderten zählte, zählen wir sie heute nach Millionen, die gelernt haben, daß sie sich organisiren müssen, die gelernt haben und täglich lernen, daß sie nur durch eigene Kraft, ohne irgend welche andere Hilfe sich von Bedrückung und Ausbeutung befreien können.

Dazu bedenke man die zahlreichen und großen Hindernisse, die von allen Seiten der Arbeiterklasse in die Wege gestellt worden sind und mit schwerer Mühe überwunden werden mußten. Man erinnere sich nur, mit wie außerordentlich geringen Mitteln die Bewegung, besonders in ihren Anfängen, ausgestattet war. Dann erkennt man, wie Gewaltiges doch geleistet worden ist.

Und was sind denn schließlich 50 Jahre in der Weltgeschichte? Was bedeutet diese Spanne Zeit für einen Kampf, der sich gegen eine ganze Welt richtet; gegen Klassen, die alle denkbaren Mittel der Macht in Händen haben?

Es würde zu weit führen, hier alle meine Erinnerungen an die Revolutionszeit niederzulegen. Aber ich meine, in diesen Tagen, wo wir alle die Männer feiern, welche auf den Barrikaden gekämpft, welche in den Gefängnissen gelitten, welche von den Standrechtskugeln der Reaktion niedergeschossen worden sind, wollen wir der Männer nicht vergessen, die der großen modernen Arbeiterbewegung das wissenschaftliche Rüstzeug geschaffen haben. Wir wollen unseres großen Denkers Karl Marx, dessen 15jährigen Todestag wir noch vor wenigen Tagen, am 14. März, begingen und seines Mitstreiters und Mitdenkers Friedrich Engels auch bei der Feier der Märzrevolution treu gedenken.

In Gedanken mit den deutschen Freunden feiernd
ein Parteigenosse seit zweiundfünfzig Jahren
Friedrich Leßner.

Griechenland.

Das Kreta-Abenteuer ist zu Ende — für Deutschland wenigstens. Von deutscher Seite fiel der erste Kanonenschuß gegen die kretischen Aufständischen, und nun ziehen die Deutschen als Erste unter der internationalen Kriegsmacht von Kreta ab. Am Mittwoch, 16. März, um 12 Mittags, erfolgte die Einschiffung der deutschen Truppen-Abtheilung an Bord der „Oldenburg", nachdem die deutsche Flagge auf der Bastion niedergeholt worden war.

Deutschland thut nicht mehr mit — bei einer Angelegenheit, in welche es sich von vornherein nicht hätte einmischen sollen. Das europäische Concert hat den Aufständischen auf Kreta nicht im Geringsten imponirt, und die einzige Errungenschaft, die Deutschland allenfalls als Frucht seiner Orientpolitik verzeichnen könnte, ist der Privatvortheil, den etliche Rentiers und Spekulanten als Gläubiger Griechenlands haben. Dafür hat Deutschland im Allgemeinen den Niedergang seines Handels im ganzen Orient eingetauscht — eine Folge des berühmten „ersten Schusses".

Was es von Anfang hätte thun sollen, das thut Deutschland jetzt erst, allerdings sehr spät. Es läßt die Interessenten sich unter einander kratzbalgen! Die etwas schlauere russische Diplomatie wird ihr Ziel erreichen: Kreta kommt unter dem Einfluß der russisch dänisch griechischen Dynastie. Nach einer Meldung der „Times" aus Athen ist die Sache bereits abgemacht und die Einsetzung des Prinzen Georg von Griechenland als Statthalter nunmehr beschlossene Sache. Alle Mächte sollen ihre Zustimmung gegeben haben, zuletzt auch Kaiser Franz Joseph und König Humbert in eigenhändigen Briefen an den Zaren. Selbst die Forderung, daß der Prinz auf seine Anwartschaft auf die griechische Krone verzichtet, soll nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Lübeck und Umgegend.

21. März.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Deppert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübecks die Sperre verhängt.

Das Streikkomitee.
J. A.:
R. Schenk, Lederstraße.

Lubeca im Reichstage. Wir haben bekanntlich einen ganz genialen Mann in den Reichstag entsandt, einen Vertreter modernster Juristerei, der so recht geeignet ist, eine „Republik" zu repräsentiren. Schon manches Kunststücklein lieferte er, und noch ehe er, unwiderstehlichem Drange folgend, für immer aus den heiligen Hallen der Reichsgesetzgebung scheidet, leistete er sich einen Streich, der da verdient, zu ewigem Gedächtniß vermerkt zu werden. Es handelte sich darum, wie im Militärstrafprozesse der Gerichtshof beschaffen sein soll. Hätte man sich damit begnügt, lediglich Militärs und militärische Vergehen vor diese Gerichte zu verweisen, dann wäre es erklärlich gewesen, wenn nun auch dem militärischen Element ein großes Uebergewicht in dem Gericht eingeräumt worden wäre. Es sollen aber alle Delikte des Strafgesetzbuchs von diesen Gerichten abgeurtheilt werden können, und da muß deshalb verlangt werden, daß auch rechtskundige Personen im Gerichtshof die Mehrheit bilden, damit die Urtheile für dasselbe Vergehen nicht zuweit von einander abweichen, wenn ein Soldat oder ein Zivilist die Strafthat begangen hat. Die Regierung will nur einen Juristen in dem aus fünf Personen bestehenden Gerichtshof haben, die Kommission hat zwei in Vorschlag gebracht, während unsere Genossen beantragt haben, daß drei Juristen neben zwei Soldaten den Gerichtshof bilden sollen. Diese Zusammensetzung entspricht dem gegenwärtigen Zustande in Bayern. Die Konservativen beantragen dagegen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage und Herr v. Levetzow suchte diesen Antrag, soweit es in seinen Kräften stand, zu vertheidigen. Aber es ist nicht Jedermanns Sache, sachlich schlecht begründete Anträge gut zu vertheidigen, und da Gröber in dieser Frage den Kommissionsantrag vertrat, war es ihm sehr leicht, Levetzows Argumente zu zerpflücken. Da die süddeutschen Offiziere sich nicht an der Debatte betheiligen und die preußischen Herren über keine hervorragende Rednerkraft verfügen, kam die Regierung in arge Verlegenheit. In großer Besorgniß übersahen die Herren die Schaar ihrer Getreuen; aber nirgends war Hülfe zu erblicken. Die Konservativen verfügen über einen so großen Ueberfluß an Geistesarmuth, daß von dieser Seite schon gar keine Hülfe kommen konnte. Das Zentrum ließ die Regierung im Stich, also mußte Hülfe bei den Liberalen gesucht werden. Hier richtete sich das Augenmerk auf die Freisinnige Vereinigung. Können diese Herren auch nicht Minister werden, so suchen sie sich doch als gehorsame Diener der Minister Lorbeeren zu erwerben. In der Flottenfrage, bei der Dampfersubvention und ähnlichen Fragen kam aus diesen Reihen zur rechten Zeit Hülfe. Als Gröber mit Levetzows Argumenten so grausam umsprang und Generallieutenant v. Viebahn einsah, daß er gegen den schlagfertigen Redner des Zentrums ohnmächtig war, ging er zu dem **Vertreter der freien und Hansestadt Lübeck, zu Dr. Goertz,** und sprach mit diesem. Vergnügt kehrte er auf seinen Platz zurück. Der Herr **Dr. jur. Goertz,** „Vertreter des freien Bürgerthums", zog dann auch als Vertheidiger des konservativen Antrags in's Feld. Mit Freuden, so sagte er, nimmt er die kleinen Nachtheile in den Kauf, wenn nur die Militärgerichtsordnung zu Stande kommt. Diese Rede war ein Meisterstück. Wenn man einen Beweis bringen will, wie weit das deutsche Bürgerthum in 50 Jahren heruntergekommen ist, dann braucht man nur diese Rede vorzuführen, die dieser Vertreter des Bürgerthums am Vorabend des fünfzigjährigen Gedenktages der bürgerlichen Revolution in demselben Berlin zu Gunsten eines junkerlichen Antrags im Interesse desselben Militärs gehalten hat, gegen welches die Bürger vor 50 Jahren im Kampfe standen. Wenn Konservative solche Anträge stellen, ist es zu verstehen. Sie oder ihre Söhne sind Offiziere. Sie sind aus Prinzip Gegner jeglichen Fortschritts. Aber wenn Vertreter des „freisinnigen" Bürgerthums sich zur Vertheidigung konservativer Anträge hergeben, die selbst den Konservativen des Zentrums wider den Strich gehen, dann wird nur bewiesen, wie weit dieses Bürgerthum auf den Hund gekommen ist. — Es handelt sich hier, wie wir beiläufig bemerken wollen, um denselben Dr. Görtz, der als Reichsbote die Koalitionsfreiheit der Arbeiter durch Resolutionen vertheidigt und als Advokat sie durch die ungeheuerlichsten Spitzfindigkeiten wegzudisputiren sucht und sich dabei nicht scheut, die Ehre politischer Gegner an Gerichtsstellen in verläumderischer Weise zu verunglimpfen, durch Behauptungen, deren ein anständiger Politiker sich schämen würde. Wir betrachten es als ein Zeichen einer Art Zartgefühl bei unsern Ordnungsparteien, daß sie diesen Herrn gehen lassen.

Die Märzfeier der Lübecker Arbeiterschaft nahm einen großartigen Verlauf. Tausende drängten sich in dem festlich geschmückten, weiten Räumen des „Colosseum", das Andenken der Märzkämpfer zu ehren. Nach Vortrag einiger passender Musikstücke ergriff Genosse Theodor Schwartz das Wort, um im Rahmen einer Festrede in gedrängten Zügen ein Bild der verflossenen Kämpfe zu entwerfen. In scharfen Worten geißelte er die Feigheit des zu Kreuze gekrochenen Bürgerthums, welches die Ideale seiner Vorkämpfer über Bord geworfen und Frieden geschlossen hat mit Junkerthum und Absolutismus, die Vertheidigung der Volksfreiheiten dem Proletariat, der Sozialdemokratie überlassend. Dieses habe das Erbe der 48er angetreten und werde unerschütterlich weiterkämpfen um zu endlichem Siege zu gelangen. Nicht besser können Lübecks Arbeiter sich ihrer großen Todten werth zeigen — so etwa schloß Redner seine mit stürmischem Beifall aufgenommene Ansprache — als wenn sie bei den bevorstehenden Reichstagswahlen durch emsige Arbeit den Sieg an ihre Fahnen heften. Sodann folgten lebende Bilder, welche vorzüglich gelangen und tiefen Eindruck machten. „Der Rädelsführer", das ergreifende Streikbild von Otto Ernst bot die Motive. Die Rezitation des Textes hatte Genosse Kasch übernommen. Den Rest des prächtig verlaufenen Abends füllten Vorträge des Genossen A. Schneider und der Bedeutung des Tages entsprechende Gesänge der Arbeiter-Liedertafeln aus, welche von der Versammlung mit lautem Beifall begleitet wurden.

Die Freisinnigen werden am Mittwoch Abend einen Reichstagskandidaten aufstellen.

Aus dem Zuchthausleben. Der wegen Mordversuchs gegen den Pastor Becker auf 15 Jahre internirte Zuchthäusler Brunck hatte in letzter Zeit wiederholt Beschwerden an den Senat gerichtet, in welchem er Wärter schwerer Dienstvergehen bezichtigte. Dieserhalb wegen Beleidigung unter Anklage gestellt, wurde Brunck, welcher in der Verhandlung übrigens den wilden Mann markirte, da er nur nachweisen konnte, daß der Verwalter einmal eine Klosetthür mangelhaft verschlossen und daß der Wärter Brall einen Gefangenen gemißhandelt habe, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Vom Tage. Gestohlen wurde aus einem Buchbinderladen ein Gesangbuch.

Ertrunken ist am Sonnabend in der Trave ein schwedischer Leichtmatrose vom Dampfer „Lübeck." Beim Befestigen einer Trosse fiel er aus dem Boote und konnte leider nicht gerettet werden.

Ein Stammgast erschien am Freitag vor dem Gewerbegericht — die Firma Liedtke u. Stolter foht. Während sie sonst eine rührende Anhänglichkeit an ihre Arbeiterinnen zeigt und sie stets wieder haben will oder einen Wochenlohn als Schmerzensgeld beansprucht, wollte sie dieses Mal eine Frau los sein. Dieselbe wurde, angeblich wegen Ungeziefers, sofort entlassen. Der Systemwechsel ist der Firma nicht gut bekommen. Offenbar ist sie in diesem Falle mit den einschlägigen Fragen der Gewerbeordnung noch nicht so vertraut gewesen, wie sonst — sie zog ausnahmsweise den Kürzeren.

Es wurde ein vorläufiger Vergleich geschlossen, wonach die Frau 6 Mark erhält und unter allen Umständen wieder eingestellt werden soll. Ob die Firma garnicht einsieht, in was für ein Licht sie sich dadurch stellt, daß sie ständiger Kunde der Gewerbegerichte ist? Oder sollte ihr das Gefühl hierfür abgehen?

„Siegfried", der zweite Tag aus Wagner's gewaltigem Musikdrama „Der Ring des Nibelungen" wird heute Abend zum ersten Mal in Lübeck zur Aufführung gelangen; nach der Generalprobe zu urtheilen, steht allen Musik- und Theaterfreunden ein hoher Kunstgenuß in Aussicht.

Uebersicht der Lebenden und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat Februar 1898. Geboren sind 181 Kinder, davon 87 männlichen, 94 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 2 Knaben, 5 Mädchen. Gestorben sind 35 Personen männlichen, 33 weiblichen Geschlechts, in Summe 68. Demnach Ueberschuß an Geburten 52 resp. 61, insgesammt 113. Auf 1000 Einwohner waren 32,05 Geburten, 12,04 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 15 von 1—5 Jahren 9, bis zu 10 Jahren: 1, bis zu 15: 4, bis zu 20: —, bis zu 30: 5, bis zu 40: 5, bis zu 50: 6, bis zu 60: 11, bis zu 70: 6, bis zu 80: 15, bis zu 90: 4, über 90 Jahre: 0. Die Todesursache war Diphtherie in 1, Keuchhusten in 0, Tuberkulose in 7, Lungenentzündung in 4, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 8, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 7, Folgen des Wochenbetts in 1, Krebs in 3, angeborene Lebensschwäche in 1, Altersschwäche in 5, Unglücksfall in 1, Selbstmord in 0, Herzleiden in 3, Krämpfe in 4, Nierenleiden in 4, Wassersucht in 0, Schlagfluß in 3, Typhus in 0, sonstige Krankheiten in 13, unbekannt in 2 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 29, Vorstadt St. Jürgen 9, St. Lorenz 17, St. Gertrud 7, die Krankenanstalten 11.

Die Aufsichtsbehörde für das Auswanderungswesen ist nach einer Senatsveröffentlichung der Senat, die Obliegenheiten der höheren Verwaltungsbehörde und der Polizeibehörde sind dem Polizeiamte übertragen.

Erklärung. In der Sitzung des Amtsgerichts vom 19. März ds. Js. hat die unverehelichte Meta Frieda Anna Sophia Folgmann, wohnhaft in Fichtenhusen bei Kleinen, in Veranlassung ihrer bevorstehenden Verehelichung mit dem Kutscher August Ludwig Friedrich Heinrich Fritz Ferdinand Christian Johannes Schmedemann hierselbst die Erklärung abgegeben: daß sie für die Verbindlichkeiten ihres künftigen Ehemannes überall nicht haften wolle.

Eine Holzauktion findet im Cronsforder Forstrevier, Bezirk Wulfsdorf, am Montag, den 28. März ds. Js., Nachmittags 2 Uhr, beim Gastwirth Voß in Wulfsdorf, aus den Forstorten Vorbecksriehe, Scheidebusch und Hanrade statt, über 90 Rm. Buchen Kluft und Knüppel, 36 Rm. Eichen und Birken Kluft und Knüppel, 35 Rm. Nadelholz Kluft und Knüppel, 60 Haufen Loub und Nadelholz Busch.

In das Handelsregister ist eingetragen: Am 19. März 1898 auf Blatt 241 bei der Firma „W. Lüütje": die Firma ist erloschen; auf Blatt 1910 bei der Firma „Deutsche Thee-Import-Gesellschaft, Dierking u. Co.": der Gesellschafter Hugo Hermann Christian Ketels ist ausgetreten. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft mit der Firma ist auf den Gesellschafter Gottfried Friedrich Wilhelm August Dierking als alleinigen Inhaber übergegangen.

Testamentseröffnung. In der Sitzung des Amtsgerichts am Donnerstag, den 24. März 1898, Vormittags 10½ Uhr, wird eröffnet werden: das Testament der hieselbst am 3. März 1898 verstorbenen unverehelichten Johanna Christina Friederike Pape.

Lübeck. Statisches. In der letzten Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes wurde über die für das Jahr 1897 aufgenommenen statistischen Erhebungen berichtet. Dem Bericht entnehmen wir folgende die Oeffentlichkeit interessirende Angaben: Von den hier am Ort beschäftigten, dem Holzarbeiterverbande angehörigen Berufen (Bürstenmacher, Drechsler, Korbmacher, Tischler und Stellmacher) wurden 515 Personen ermittelt, hiervon gehören 345 Personen einer Organisation an, gleich 64 pCt. — An den Erhebungen betheiligten sich 245 Personen (47,5 pCt.) und zwar 147 Verheirathete und 78 Ledige mit zusammen 322 Kindern oder auf jede, hier in Betracht kommende Familie 2,1 Kinder. Verheirathete ohne Kinder sind 12 vorhanden. Es haben 181 Personen Lohnarbeit, 42 Personen Akkordarbeit und 22 Personen beides abwechselnd. Die Lohnzahlung findet bei sämmtlichen Gefragten 8tägig statt. Mit eigenem Werkzeug arbeiten 43 Personen mit einer Durchschnittsjahresausgabe von 8,30 Mk. hierfür. — Der Wochenverdienst beträgt 1. bei den Bürstenmachern im Durchschnitt a. Verheirathete in Lohn 22,50 Mk., b. Ledige in Lohn 16 Mk., c. Verheirathete in Akkord 12,50 Mk., d. Ledige in Akkord 16,17 Mk., 2. bei den Drechslern a. Verheirathete in Lohn 20,34 Mk., b. Verheirathete in Akkord 22,50 Mk., von den ledigen Drechslern waren keine Angaben vorhanden, 3. bei den Tischlern a. Verheirathete in Lohn 23,23 Mk., b. Ledige in Lohn 21,29 Mk., c. Verheirathete in Akkord 20,96 Mk., d. Ledige in Akkord 21,50 Mk. Der Lohn ist seit der letzten statistischen Aufnahme (1893) gestiegen, bei den Bürstenmachern um 41½ pCt., bei den Drechslern 26½ pCt. und bei den Tischlern 14½ pCt. Die wöchentliche Arbeitszeit ist in demselben Zeitraum gesunken bei den Bürstenmachern um 12 Std. wöchentlich, Drechslern 4½ Std. und Tischlern 3 Std. wöchentlich. In 9 Fällen hatte der Mann einen Nebenerwerb mit einem Jahreseinkommen von 185 Mk. durchschnittlich. In 24 Fällen trägt die Frau zum Erwerb bei, mit einem Einkommen von 115 Mark hierfür, diese Arbeit findet in 17 Fällen außer dem Hause statt. 5 Kinder tragen zum Erwerb bei, 2 über 14 Jahren und 3 unter 14 Jahren. Von den an der Statistik betheiligten Personen wurden 3638 Stunden über die regelmäßige Arbeitszeit und Sonntags gearbeitet. Dieselben wurden in 201 Fällen besser bezahlt, in 13 Fällen nicht. — Erkrankt waren 60 Personen, zusammen 1265 Tage oder 21 Tage auf jeden Krankheitsfall. 115 Personen waren zusammen 3715 Tage arbeitslos, durchschnittl. 32 Tage, davon sind 21 Fälle mit 1180 Tagen durch den letzten Streik der Möbeltischler verursacht. Die Durchschnitts-Wohnungsmiethe beträgt a) bei Verheirateten 154,10 Mk., b) bei Ledigen 120,30 Mk. Die Wohnung befindet sich in 82 Fällen im Parterre, in 89 Fällen im Mittelstock und in 9 Fällen im Dachstock. Die Wohnungen der Verheiratheten haben durchschnittlich 3 Räume. Die durchschnittliche Jahresausgabe für Nahrungsmittel beträgt bei den Verheiratheten 634 Mk., bei den Ledigen 428 Mk. und die durchschnittliche Jahresausgabe für sonstige Lebensbedürfnisse beträgt bei den Verheiratheten 266,75 Mk., bei Ledigen 250 Mk. Die Frage, ob in den Werkstätten Ventilation vorhanden sei, wurde fast sämmtlich mit Nein beantwortet. — Mögen die Lübecker Holzarbeiter aus obigen Zahlen lernen und begreifen, daß es nur durch Anschluß Aller in unserm Beruf beschäftigten Personen möglich ist, dem Ausbeuterthum entgegen zu treten und die wirthschaftliche Lage der Arbeiter zu heben. Darum rufen wir den Lübecker Kollegen zu: Werbet und agitirt für den Verband!

Schlutup. Eine sehr gut besuchte Volksversammlung fand am Sonntag bei Herrn Blücher hierselbst statt, in welcher Genosse Theodor Bartels über die bevorstehenden „Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie" einen Vortrag hielt. Bartels kritisirte das Verhalten der einzelnen Parteien seit 1893 bei den einzelnen Vorlagen und wies auch darauf hin, wie es der Abgeordnete für Lübeck, Dr. Görtz, verstanden habe, bei der Wahl vor 5 Jahren seinen Wählern alles Gute zu versprechen, um nachher einfach mit den Majoritäten als „Ja"sager durch Dick und Dünn zu gehen. Daß derselbe seinen Wählern noch nicht über seine Thätigkeit Bericht erstattete, hat in Schlutup sehr verschnupft und hätten wir gewünscht, daß derselbe bei der kommenden Wahl wieder als Kandidat aufgestellt worden wäre, er hätte hier dieses Mal wenig Schmeichelhaftes zu hören bekommen. Mit großem Beifall wurden die Ausführungen des Referenten entgegengenommen und versprachen die Anwesenden, bei der nächsten Wahl für unsern Kandidaten kräftig eintreten zu wollen.

Stockelsdorf. Der sozialdemokratische Verein beschloß in seiner letzten Mitgliederversammlung, vierteljährlich mit dem Versammlungslokal zu wechseln, sodaß am 3. April Abends 8 Uhr, sowie jedenfalls am 8. Mai und 5. Juni die Versammlung bei Herrn Revecke in Stockelsdorf, dagegen im Juli und August bei Herrn Paetau in Fackenburg stattfindet. — Zur Märzfeier, welche am Freitag abgehalten wurde, war Genosse Th. Bartels-Lübeck als Referent erschienen. Er verstand es, in seinem beifällig aufgenommenen Referate die Bedeutung des 18. März für das Proletariat treffend zu schildern. Das Andenken unserer Vorkämpfer wurde durch Erheben von den Sitzen geehrt. Anwesend waren etwa 120 Personen, darunter viele Frauen, welche noch besonders aufgefordert wurden, bei ihren Nachbarinnen dahin zu wirken, daß sie ihre Männer nicht abhalten, die Versammlungen zu besuchen, sondern sie gerade dazu anspornen und selber mitgehen. Mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen, worauf noch einige Arbeiterlieder zum Vortrag gelangten. — Das Reichstagswahlkomitee, welches in dieser Versammlung gewählt wurde, besteht aus den Genossen Meßfeldt, Westphäling, Dreier, Mönnfeldt, Evers und Schrader.

= **Schwartau-Rensefeld.** Märzfeier. Auch die hiesigen Genossen hatten es sich nicht nehmen lassen, der Märztage des Jahres 1848 zu gedenken. Die sehr gut besuchte Versammlung, welche Freitag, den 18. März, abends im Lokale des Herrn Sternberg in Rensefeld, vom Genossen Voß eröffnet wurde, zeigte, daß die hiesigen Genossen Interesse für die Bewegung des „tollen Jahres" haben. Genosse Redakteur Ströbel aus Kiel legte in klaren verständlichen Worten die Bedeutung und Erfolge der Märzkämpfe dar. Er knüpfte daran an, daß die bürgerliche Klasse alle Ursache hätte, der Revolution von 48 zu gedenken, da dieselbe eine Revolution des Bürgerthums war, wenn auch die Arbeiter einen guten Theil der Kämpfer gestellt hätten. Denn nicht blos die Arbeiter, auch die Bürger und Bauern hätten unter der Bureaukratie, der Beamtenwirthschaft zu leiden gehabt. Geistlichkeit, Beamte und Fürsten bildeten die absolute Macht. Wenn seither auch die Macht der Fürsten etwas gebrochen und begrenzt sei, so hätten wir doch noch lange keine demokratischen Einrichtungen, und müßten mit aller Kraft, mit allen gesetzlichen Mitteln darauf hinarbeiten. Redner streifte in seinen weiteren Ausführungen die französischen Verhältnisse in der Zeit von 1790 bis 1830, und erinnerte daran, daß unter der Regierung des Bürgerkönigs Louis Philipp die Parole ausgegeben wurde: Bereichert Euch! Eine Mahnung, welcher später der Millionärzüchter Bismarck so thatkräftig entsprach. Redner führte dann das Metternische System und den Sturz desselben vor Augen und mißbilligte dann das Thun eines Sand und anderer, da nicht einzelne Personen die Verhältnisse ändern könnten, wovon wir ja das beste Beispiel an Bismarck hätten. Obgleich derselbe nicht mehr am Ruder, bestehe doch das System Bismarck fort. Wenn wir die Früchte der 48er Bewegung nicht einheimsen konnten, so sei daran einzig die Gewissenlosigkeit der Bourgeoisie schuld. Redner geißelte hier die Thaten der Freisinnigen in den Kommunalverwaltungen, wo sie die Majorität haben. Die Lage der Sozialdemokratie sei keineswegs eine aussichtslose, wenn auch einzelne Genossen, besonders in kleinen Orten unter den bestehenden Kämpfen oft schwer zu leiden hätten, so wäre dies kein Grund, entmuthigt zu sein, sondern wir müßten fort und fort Propaganda für unsere Ideen machen, und sei jetzt gerade bei der bevorstehenden Wahl die beste Gelegenheit dazu. Mit den Worten: „Wir wollen das Erbe der 48. Revolution antreten!" schloß Redner seinen fast zweistündigen, mit der größten Aufmerksamkeit verfolgten Vortrag. In der Diskussion bat Genosse Jürgens die Anwesenden, der drohenden Gefahr der Knebelung die Spitze zu bieten, und sprach seine Verwunderung über eine in Nr. 65 des „S. V." enthaltene Notiz aus. — Gen. Voß erklärte, nicht näher auf die persönlichen Zwistigkeiten eingehen zu wollen; man sei doch hier zusammen gekommen, um das Andenken unserer theuren Todten zu feiern, und forderte die Anwesenden auf zur Ehrung derselben sich von den Sitzen zu erheben, was auch geschah. — Genosse Ströbel führte nun in seinem Schlußwort aus, daß es für die Partei durchaus nicht zum Schaden sei, wenn Meinungsverschiedenheiten beständen. Dies bewahre uns vor Versumpfung. Doch dürfe es nicht in's Persönliche ausarten, und müssen wir stets gegebenen Falls ein Herz und eine Seele sein. Mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Oldesloe. Zur Märzfeier waren in Kuhls Gasthaus gegen hundert Personen versammelt. Genosse Bürger-Hamburg feierte in einstündiger Rede die Helden der Märzrevolution und gedachte auch der Pariser Kommüne. In trefflicher Weise wußte er die Größe des damals Vollbrachten und den gegenwärtigen Szenenwechsel der Versammelten vor Augen zu führen und erinnerte eindringlich die Männer und Frauen des Volkes an ihre heilige Pflicht, regen Antheil zu nehmen an dem gewaltigen Ringen der Gegenwart. Der anregende Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und die Oldesloer Arbeiter zeigten, daß sie gewillt sind, unentwegt den Spuren ihrer großen Vorkämpfer zu folgen. Nach dem Vortrage blieben fast alle Versammelten noch lange beisammen und die Stimmung war vorzüglich; man versprach, bei den kommenden Wahlen und wirthschaftlichen Kämpfen auf dem Posten zu sein. Bis spät in die Nacht hinein erklangen die trutzigen Lieder der Arbeit und Freiheit.

Hamburg. Märzfeier auf Helgoland. Am 15. August 1896 begleitete Genosse Stadthagen auf Helgoland den Genossen Ledebour und dessen Ehefrau zu dem nach Wyk abfahrenden Boot. Da das Boot noch nicht gelandet war, mußten Stadthagen und Ledebour auf der Landungsbrücke warten. Der damals in Helgoland stationirte, jetzt im Berliner Abgeordnetenhause als Hülfsarbeiter beschäftigte Gensdarm Stoffers verlangte nun von dem Angeklagten, sich „hinter den Strick" auf den Theil der Landungsbrücke, der für nicht Abfahrende reservirt ist, zu begeben. Stadthagen lehnte dies ab. Darauf faßte der Gensdarm Stadthagen an und suchte ihn mit Gewalt an der Abfahrt zu hindern. Stadthagen machte sich von der Hand des Gensdarmen frei und bestieg das Boot. Der Gensdarm rief dann dem abfahrenden Stadthagen noch eine Bemerkung zu, aus der sich ergab, daß Stoffers wußte, daß Stadthagen Abgeordneter ist. Als Ledebour seine Entrüstung über dies Benehmen zum Ausdruck brachte, rief der Gensdarm ihm wiederholt zu: „Halten Sie Ihre lobberige Schnauze, sonst kommen Sie auch noch in den Kasten." Ueber das Benehmen des Gensdarmen beschwerte sich Stadthagen, nach der Insel zurückgekehrt. Die landräthliche Behörde, der Regierungspräsident und der Oberpräsident wiesen die Beschwerde zurück, da das Benehmen Stadthagen gegenüber „keineswegs ein inkorrektes" gewesen sei. Der Oberpräsident Steinmann veranlaßte Herrn Stoffers, seinerseits wegen mehrerer Ausdrücke in der Beschwerde Strafantrag gegen Stadthagen zu stellen. Das darauf gegen Stadthagen in Berlin eingeleitete Strafverfahren endete nach Beweisaufnahme mit rechtskräftiger Freisprechung Stadthagens. In dem Urtheile vom 16. November 1897 ist nach eingehender Schilderung des Sachverhalts wörtlich dargelegt: „Der Angeklagte gebraucht in dem inkriminirten Schriftstücke die Ausdrücke von dem Benehmen des Gensdarmen, „wenn er in flegelhafter, gesetzwidriger Weise vorgeht", „daß der Gensdarm lediglich eine Anrempelung und Beleidigung meiner Person beabsichtigt haben kann" und „das flegelhafte Benehmen eines Gensdarmen" . . . Der Ausdruck „flegelhaft" ist allerdings ein scharfer, jedoch ist dabei zu berücksichtigen, daß er sich gegen eine Handlungsweise gerichtet hat, die durch den gewählten Ausdruck richtig charakterisirt wird. . . . Ferner: „Nach dem, was der Zeuge T. bekundet hat und was der Angeklagte in Erfahrung gebracht hatte, mußte und konnte er mit Recht annehmen, daß der Gensdarm eine Anrempelung und Beleidigung seiner Person beabsichtigte und hat dieser begründeten Annahme in seinem Schreiben den richtigen und in der Form nicht verletzenden Ausdruck verliehen." Stadthagen war trotz Dauer der Reichstagssession bereits im Oktober 1896 vom Landgericht in Altona aus Anlaß des geschilderten Vorfalls wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Beleidigung (er soll das Wort Dummheit gebraucht haben) angeklagt und die Sache dem Altonaer Gericht, das in Helgoland Gerichtstage abhielt, überwiesen. Die Bemühungen Stadthagens, beide Strafsachen zur Verbindung zu bringen, scheiterten an dem Widerspruch der Staatsanwaltschaft. Mehrere Termine in Helgoland mußten vertagt werden, weil Stadthagen sich wegen anderer Sachen vor anderen Gerichten zu gleicher Zeit zu theidigen hatte. Endlich war nun auf den 18. März, um 5 Uhr Nachmittags, Termin in Helgoland anberaumt. Zu demselben war Stadthagen persönlich, ein Polizeidiener, einige Helgoländer und das Pastor Schreiber'sche Ehepaar erschienen. Stadthagen beantragte, das Verfahren als verfassungswidrig einzustellen oder ihn als total unschuldig freizusprechen und nicht nur die Kosten des Verfahrens, sondern auch die ihm erwachsenen Auslagen der Staatskasse aufzuerlegen. Das Schöffengericht hat denn auch auf kostenlose Freisprechung erkannt, der Antrag bezüglich der Kosten wurde jedoch abgelehnt.

Altona. In dem Prozeß des Oberförsters Lange gegen den Fürsten Bismarck wurde von der Civilkammer II des Landgerichts, Vorsitzender Landgerichtsdirektor Lemke, folgende Entscheidung abgegeben:

„Der Beklagte, Fürst Bismarck, soll folgenden Eid leisten: „Ich schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich dem Kläger im Jahre 1877 nicht zugesagt habe, er solle hinsichtlich seines Gesammteinkommens gestellt sein, wie ein preußischer Oberförster."

Leistet der Beklagte diesen Eid, so soll Kläger mit seiner Klage unter Verurtheilung in die Gesammtkosten des Rechtsstreites abgewiesen werden; verweigert dagegen Beklagter den Eid, so soll er gehalten sein, dem Kläger außer der 4500 Mk. betragenden jährlichen Pension, ferner 481,50 Mark in monatlichen Raten ab ersten Oktober 1897 zu zahlen und die Hälfte der Prozeßkosten tragen, mit seiner Mehrforderung wird der Kläger unter Verurtheilung in die Hälfte der Kosten abgewiesen.

Kiel. Dem Lübecker „General-Anzeiger" als Mitarbeiter zu empfehlen. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" hat vor einem halben Jahre in einer Reihe von Artikeln nachgewiesen, daß die gegen unsere Partei gerichtete Broschüre des auf der kaiserlichen Werft in Kiel beschäftigten

Arbeiters Lorentzen an diesem zum größten Theil aus einer Broschüre des Landesversicherungsraths Hansen (alias Hans Felsen) abgeschrieben ist, ohne daß Lorentzen sich verpflichtet gefühlt hätte, seine Quelle zu nennen. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" machte deshalb Lorentzen den Vorwurf des literarischen Diebstahls, und nannte ihn einen kläglichen Plagiator und dergl. Lorentzen strengte gegen den verantwortlichen Redakteur Alexander Lütjens Privatklage wegen Beleidigung an; auf den Erfolg der Klage wird er aber selbst kaum stolz sein. Wie wir der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" entnehmen, erklärte das Schöffengericht, daß der Vorwurf des literarischen Diebstahls nicht zu ahnden sei, weil ein solcher Diebstahl vorliege. Es erkannte gegen Lütjens nur wegen formaler Beleidigungen auf eine Geldstrafe von 25 Mk. und die Kosten.

Lübecker Stadttheater.

„Schiedsmann Hempel", eine Possen-„Neuheit" in 4 Akten von Keller und Herrmann, ging am Sonnabend zum Benefiz für den allbeliebten Kassirer unseres Theaters, Herrn Weingarten, erstmalig in Scene. Schon die Bezeichnung Posse giebt kund, daß wir es mit einem ernst zu nehmenden Bühnenerzeugniß nicht zu thun haben; der eigentliche Zweck einer Posse, das lachlustige Publikum zu amüsiren, wird von dem „Schiedsmann Hempel" auch nur theilweise erfüllt. Manche Scenen wirken geradezu deprimirend auf das Gefühl, so z. B. die Polonaise im 3. Akt mit der „wundervollen" Text- und Melodieunterlage „Mein Herz ist wie ein Bienenhaus", die mit einer solennen Keilerei endigt. Viele Aufführungen dürfte die Posse „mit Gesang" bei uns nicht erleben, trotz der recht vortrefflichen Aufführung. Den Buchbindermeister und Schiedsmann Hempel, der durchaus einen „Nichtbegüterten" zu seinem Schwiegersohn will, gab Herr Thies mit sprudelndem Humor und Laune, und verhalf dadurch dem Stück zu einigem Erfolg; ohne seine hervorragende Mitwirkung wäre die Aufnahme bedeutend kühler gewesen. Frl. Trommsdorf als Grethe zeigte wieder, eine wie schätzenswerthe Kraft wir in der Dame besitzen. Sie gab ihre Rolle natürlich und ohne Uebertreibung. Frl. Walden spielte die „Repräsentintentantinnen" (wie Lotte sagt) frisch und flott, daß sie aber sang, und gar französisch, mag der Himmel ihr vergeben. Zum Gelingen des Ganzen trugen noch die Herren Kunze, Geisendörfer und Gallert sowie Frau Bachee nicht unwesentlich bei. Am Schluß der Vorstellung wurde der Benefiziant auf die Bühne gerufen und konnte, sichtlich bewegt, für die zahlreichen Beweise der Anerkennung danken. -ö-.

Briefkasten.

††† 21 3 8½ Uhr.

Stadttheater. Dienstag darf unser Stadttheater ein Jubiläum feiern. Es findet die letzte und damit zugleich die fünfzigste Aufführung unter der Direktion von Erdmann-Jeßnitzer von „Lohengrin" statt. Den Lohengrin singt Herr Borgmann. Für Mittwoch ist eine Wiederholung von „Im weißen Rößl" angesetzt. Dazu wird „Adelaide" gegeben.

Quittung

Für den Preßfonds gingen ein:

N. N. . . . . 3 Mk.

Die Expedition des Volksboten.
Johannisstraße 50.

Eternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 19 März

Der Schweinehandel verlief flau.

[illegible] 980 [illegible] 2 [illegible] [illegible]
55 56 Mk, [illegible] 54 55 [illegible] [illegible] 45 50 Mk und [illegible]
52—55 Mk. [illegible]

Rudolph Karstadt, Lübeck

Englische Tüll-Gardinen
Meter 22, 30, 42, 60 Pfg. bis 1,30 Mk.

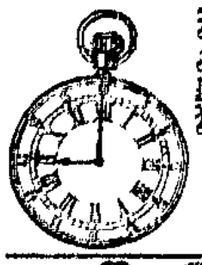
Schwarze und farbige Möbel-Damaste
Meter 1,40, 1,60, 2,10, 2,50 bis 4,50 Mk.

Bunte Möbel-Phantasie-Stoffe
Meter 1,00, 1,25, 1,65, 2,— bis 6,— Mk.

Einfarbige und Phantasie-Tischdecken
1,80, 2,40, 3,75 5,50, 7,— bis 15,50 Mk.

Germania-, Axminster-, Velour- etc. Teppiche
3,50, 5,50, 7,50, 10,50, 14,— bis 120, - Mk.

Klauenöl
präparirt für Nähmaschinen und Fahrräder von
H. Möbius & Sohn,
Knochenölfabrik, Hannover.
Zu haben in allen besseren Handlungen.



Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Oeffentliche Töpfer-Versammlung
am Donnerstag den 24. März
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Gewerkschafts-Angelegenheiten. Referent: Kollege **Ferd. Kaulich-Berlin.**
2. Berichterstattung der Lohnkommission.
Um vollzähliges Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Zur Confirmation
empfehlen
Gratulations-Karten
in sehr reicher Auswahl.
Ferner haben, um einem vielfach geäußerten Wunsch nachzukommen, das
Lübeckische Gesangbuch
in Vertrieb genommen und empfehlen dasselbe ebenfalls.
Preis 3,50 und 4 Mk.
Friedr. Meyer & Co.
Buchhandlung, Johannisstraße 50.

H. Bülck
Lübeck, Breitestraße 52
empfehle als sehr preiswürdig
Reinschmeckender Caffee
à Pfd. 80, 70 u. 60 Pfg.
Bruch-Caffee
von den feinsten Sorten abgesiebt
à Pfund 50 Pfg.

Unserm Freunde **Franz Pawlach** zu seinem Geburtstage ein donnerndes Hoch.
St. H.

Derjenige, der am 14. März beim Fabrikarbeiter-Ball in den Central-Hallen einen falschen Schirm erhalten hat, kann den richtigen wieder abholen Hundestr. 13, 1. Et.
Der Herr ist erkannt worden der sich denselben angeeignet hat.

Ein Logis für zwei Mann zu verm. Glockengießerstr. 16.

Gutes Logis. Fischergr. 16, 1. Et.

Logis mit Beköstigung billig Alfstr. 39.

Zu verm. eine freundl. möbl. Stube Woche 3 Mk. mit Morgens Kaffee Hundestraße 37/39.

Laufjunge gesucht zum Brodaustragen Meierstraße 39.

Zu verkaufen einige junge Hühner, sowie Bettfedern. **F. Schuldt,** Friedenstr. 15.

Zu verkaufen eine zweischläfige Bettstelle mit vollständigem guten Bett und Matratze, billig. Ludwigstr. 33, 1. Et.

Zu verkaufen ein noch gut erhaltener 2thür. Kleiderschrank. Kahlhorststr. 44.

Kinderwagen
Puppenwagen Sportwagen Kinderstühle
Grösstes Geschäft am Platz.
Unerreicht in Auswahl und billigen Preisen.
Lübeck, Mengstr. 18. H. Gröper.

Eine gr. Parthie Ferkel steht zum Verkauf. Vorbeckstraße 24.

Zu verkaufen ein Fuder Dung. Vorbeckstraße 1, 1. Et.

Zu verkaufen ein echter Pudel. Dornestraße 12 a.

Zu verkaufen ein Kinderwagen gut erhalten, für Mk. 7 und ein Sitzwagen mit Klappverdeck für Mk. 6. Glockengießerstr. 67, 2 Et.

Zu verkaufen ein kleiner eiserner Ofen, eine Korkmaschine (1/2- u. 1/4-Liter-Maaß), Harke, Spaten, Schaufel, eine Tracht u. ein Gesangbuch. Schützenstr. 52 b.

Gebrauchte Fahrräder gebe spottbillig ab. **J. H. Reimann,** Königstr. 93.

Kalbfleisch Pfd. 30 Pfg. empfiehlt Glockengießerstr. 21. **Ernst Müller.**

Hochfeine, gelbkochende
Magnum bonum-Eß- u. Pflanzkartoffeln empfiehlt billigst **F. Behrens,** Marlesgr. 35.

Französische und Magnum bonum-Eßkartoffeln, besonders schöne Sorte empfiehlt **Heinr. Wischendorff,** Königstraße 88.

Billig! Billig!
Einige gebrauchte Nähmaschinen
J. H. Reimann, Königstr. 93.

Stadt-Theater.
Dienstag: 116. Abonn.-Vorst. 2. Abth.: Blau.
Festvorstellung
zur Feier der 50ten Aufführung
unter der Direction von Herrn Erdmann Jeßnitzer.
Zum letzten Male in dieser Spielzeit
Lohengrin
Lohengrin — **Hr. Borgmann.**
Mittwoch: 117. Abonn.-Vorst. 3. Abth. Gelb.
Die 115. Abonn.-Vorst 1. Abth. Roth:
Freitag den 25. März.
Beispielloser Lacherfolg. Stürmischer Beifall.
Im weißen Röß'l.
Dazu:
Adelaide.

Speise-Halle Hansa
Mengstraße 24. (Mittagstisch v. 11½—2 U.)
Dienstag: Speckſuppe mit Klößen, geräucherten Speck, Kartoffeln, Sauce, Steckrüben.

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 68. Dienstag, den 22. März 1898. 5 Jahrgang.

Chronik
auf das Jahr 1848.

21. März.

In Berlin war Morgens an allen Straßenecken das folgende Dokument zu lesen:

„An die deutsche Nation!

Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an. Ihr seid fortan wieder eine einige große Nation, stark, frei, mächtig im Herzen von Europa. Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat sich, im Vertrauen auf Euren heldenmüthigen Beistand und Eure geistige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammtvaterlandes gestellt. Ihr werdet ihn mit den altehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in Eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volkes, dem neuen Könige der freien, wiedergeborenen deutschen Nation."

Graf Schwerin bestätigte den Studenten in der Aula in längerer Rede den geplanten Umzug. Eine gewaltige Menschenmenge umlagerte das Schloß. Um 11 Uhr erschien der König, ein breites schwarz-roth-goldenes Band um den linken Arm geschlungen. Auch das Gefolge, unter dem sich der Assessor Stieber, der spätere Chef der Preußischen Geheimpolizei befand, trug dabei die deutschen Farben. Der König stieg zu Pferde und sprach, eine große schwarz-roth-goldene Fahne in der Hand, auf dem Schloßhofe zu den Versammelten: „Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einigkeit berufen fühle. Ich schwöre zu Gott, daß ich keine Fürsten vom Throne stoßen will; aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen. Sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue, auf den Grundlagen einer aufrichtigen deutschen konstitutionellen Verfassung!"

Der Zug ging über die Schloßfreiheit, die Linden entlang, über den Opernplatz, durch die Behrenstraße, die Linden zurück, zum köllnischen Rathhaus und dann zurück in's Schloß. Fünfmal redete der König zum Volk, zu der Bürgerwehr an der Königswache, zu den Studenten an der Universität, zu den Stadtverordneten am köllnischen Rathhaus ꝛc. Der Jubel der Menge war natürlich unbeschreiblich. Abends erschien noch ein Aufruf des Königs, in dem es heißt:

„Ich übernehme heute die Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird mich nicht verlassen und Deutschland wird sich mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe die alten deutschen Farben angenommen und mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf."

Italien. In der Stadt Mailand stand die ganze Bevölkerung unter den Waffen. Auch die Landbevölkerung war aufständisch und brachte den Oesterreichern von außen viele Verluste bei. Die Kraft des Widerstandes und die Begeisterung wuchs, als bekannt wurde, daß Karl Albert, König von Sardinien und Piemont, sich der Bewegung gegen Oesterreich anschließen wolle und sein beträchtliches Heer zur Verfügung stelle. Die Bedingung war, daß die Lombardei nach der Eroberung mit seinem Königreiche vereinigt werde. — Radetzky konnte sich schließlich nicht mehr halten und sah sich genöthigt, die Stadt preiszugeben. Er zog am folgenden Tage mit dem ganzen Heere ab.

22. März.

In Berlin werden unter Theilnahme aller Bevölkerungsklassen die Todten des 18. März begraben. Auf den Gendarmenmarkt waren die Leichen in 188 Särgen aufgebahrt. An dem Zuge, der sich durch die Charlottenstraße, über die Linden, beim Schloß vorbei, durch die Königstraße nach dem Begräbnißplatz vor dem Landsbergerthor bewegte, sollen mehr als 100 000 Menschen Theil genommen haben. Die Särge wurden von je sechs Männern getragen. Dahinter kam die Geistlichkeit Berlins mit den Hinterbliebenen der Gefallenen, die Universität im vollen Ornat, der Magistrat, Abordnungen anderer preußischer Städte, die Fabrikarbeiter, Bürgerwehr und viele andere Gruppen. Auf einem Balkon des Schlosses stand der König, von Ministern und Generälen umgeben, und ließ entblößten Hauptes den vier Stunden langen Zug vorbei passiren. Das Massengrab im Friedrichshain war von den Mitkämpfern der Gefallenen aufgeworfen worden. — Vom 22. ist auch eine Proklamation des Königs datirt, in der er versprach, dem Landtage ein volksthümliches Wahlgesetz mit Urwahlen vorzulegen. Der neuen Volksvertretung wurden ferner Vorschläge in Aussicht gestellt über Sicherstellung der persönlichen Freiheit, freies Vereins- und Versammlungsrecht, eine allgemeine Bürgerwehrverfassung mit freier Führerwahl, Ministerverantwortlichkeit, Einführung von Schwurgerichten für politische und Preßvergehen, Unabhängigkeit des Richterstandes, Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes. Außerdem sollte das stehende Heer auf die neue Verfassung vereidigt werden. Schon am Tage vorher war eine Kabinetsordre ergangen, daß die Armee neben der preußischen auch die deutsche Kokarde zu tragen habe.

Die Schleswig-Holsteinische Deputation trifft in Kopenhagen ein. Mittlerweile hat die dänische Hauptstadt auch ihre „März-Ereignisse" gehabt und die dänischen Demokraten hatten die Absetzung des bisherigen Ministeriums durchgesetzt und die vollständige Einverleibung Schleswig-Holsteins in Dänemark verlangt. Der König empfing die deutsche Deputation und erklärte, der Präsident Scheel sei entlassen; im Uebrigen antwortete er ausweichend.

In Hannover werden die Aufhebung der Zensur, politische Amnestie und die übrigen Forderungen gewährt. Der Göttinger Polizeidirektor Heinze, der in die Studenten hatte einhauen lassen, wird seines Amtes enthoben. Auf dem Lande kam es in der Folge noch mehrfach zu Unruhen.

Italien. Auch in Venedig war auf die Nachrichten aus Wien und Mailand der Aufruhr ausgebrochen. Der alte General Zichy, der die Lagunenstadt nicht bombardiren lassen wollte, verließ mit den deutschen Truppen die Stadt. Die österreichischen Kriegsschiffe und die sonstigen Kriegsvorräthe fielen der eingesetzten provisorischen republikanischen Regierung zu. — Auch viele andere Städte des norditalienischen Aufstands-Gebietes gingen den Oesterreichern verloren. Es kam jetzt für Radetzky vor Allem darauf an, um eine Verbindung mit Wien aufrechtzuerhalten, die Festungen Verona und Mantua zu behaupten. Er schickte seine besten Truppen nach diesen Plätzen. Die österreichische Armee zog sich in ziemlich desolatem Zustande bei Verona zusammen. Nur die Hälfte der ursprünglichen Kriegsmacht war übrig geblieben. Die fehlenden Truppen waren theils zum Volk übergegangen, theils waren einzelne Abtheilungen von der Hauptarmee abgeschnitten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Mehr als ein Scherz. Unter dieser Stichmarke schreibt die „Hilfe": Es ist wahrhaftig so: es giebt in Deutschland viele und einflußreiche Leute, die kein Bedenken tragen würden, den Geist der Karlsbader Beschlüsse aus seiner Modergruft in das Licht unserer Tage zurückzurufen — den Geist eben der Beschlüsse, die über unser Volk die elenden Demagogenverfolgungen verhängten, die wie giftiger Staub auf den Aufschwung nach den Freiheitskriegen fielen, die zur polizeilichen Ueberwachung von Schleiermachers Predigten fielen und zum Verbot der neuen Auflage von Fichte's „Reden an die deutsche Nation" führten. Sollte man es glauben? Man müßte zweifeln, um nicht an der politischen Vernunft gewisser Kreise verzweifeln zu müssen. Aber man kann es nicht! Der Gedanke an eine Wiederbelebung der Karlsbader Beschlüsse wäre vor einigen Tagen noch paradox gewesen — heute ist er durch die trübe Zeit bestätigt. Der „Vorwärts" hat den bittern Einfall gehabt, eine Bestimmung (natürlich ohne Quellenangabe) aus jenen unseligen Entschlüssen abzudrucken und hat dann mitgetheilt, daß die verbündeten Regierungen sich in der Privatdozenten-Vorlage auf eben diese Bestimmung geeinigt hätten. Sofort erschienen die „Berl. Neuesten Nachr.", die in ihrer reaktionären Verbohrtheit die schlau gestellte Falle gar nicht merkten, auf dem Plane, um jenes kettenklirrende Gespenst von 1819 gegen die Sozialdemokratie zu vertheidigen. Noch hübscher verfährt die „Deutsche Tageszeitung." Sie schreibt wörtlich folgendes Bekenntniß einer interessanten Seele:

„Sollte der „Vorwärts" recht unterrichtet sein, so würde die Einigung der Bundesstaaten über diese Grundsätze ebenso verständig wie selbstverständlich sein."

Also: verständig und selbstverständlich! Die „Deutsche Tageszeitung" sollte wirklich einen ihrer Redakteure dransetzen, Treitschkes Aufsatz „Aus der Zeit der Demagogenverfolgung" durchzulesen. Wenn er anders nicht mit Blindheit geschlagen ist, die unbequeme Stellen durchaus nicht finden kann, wird er S. 365 des dritten Bandes der „Historischen und politischen Aufsätze" folgendes Urtheil finden:

„Man kann nicht schlechtweg behaupten, die Karlsbader Beschlüsse seien nur ein Kampf mit Gespenstern gewesen. Darum bleibt doch unbestreitbar, daß die Regierungen die größere Schuld tragen an der Verwirrung und Verbitterung jener unseligen Zeit."

Das schreibt Treitschke, den auch die „Deutsche Tageszeitung" nicht in Verdacht haben wird, mit sozialdemokratischen Privatdozenten in irgend einer Weise unter einer Decke zu stecken.

Aus dem Lande der Knute geht von Petersburg dem „Vorwärts" nachstehendes Schreiben zu:

„An die deutsche Sozialdemokratie!

Genossen! Wir begrüßen die deutsche Sozialdemokratie an dem Gedenktage des großen Kampfes gegen die politische Rechtlosigkeit des Volkes. Vor fünfzig Jahren haben die Revolutionskämpfer dem Absolutismus in Deutschland den ersten Stoß versetzt. Heute kann das deutsche Proletariat, sich über die Gräber der gefallenen Kämpfer beugend, mit berechtigtem Stolze sagen, daß es sich zu einem würdigen Träger der revolutionären Traditionen entwickelt hat, indem es eine politische Partei geschaffen hat, welche es geraden Weges zu seinem Siege führt.

Wir, die russischen Arbeiter, fühlen, indem wir den deutschen Kämpfern des Jahres 1848 die ihnen gebührende Ehre erweisen, um so tiefer, was sie für das deutsche Proletariat gethan haben, als unser Absolutismus noch in seiner vollkommenen Herrlichkeit besteht und, unbeeinträchtigt durch bürgerliche Institutionen, unserem Proletariat den Weg vertritt und ihm die schwierigsten Aufgaben stellt. Für das russische Proletariat ist die Situation umso schwieriger, als es auf ein Bündniß mit dem Bürgerthum nicht rechnen kann, da die finanzielle Nothlage des Staates den Zarismus genöthigt hat, die Fesseln des Feudalismus zu lösen und der Bourgeoisie, ohne Kampf, ohne Blutvergießen jene Möglichkeit der industriellen Entwickelung zu gewähren, welche sie im Westen auf der Barrikade erzwingen mußte.

Aber die Entwickelung der Industrie schreitet in Rußland mit Riesenschritten vorwärts und mit ihr wächst das russische Proletariat, wächst sein Klassenbewußtsein. In der nächsten Zeit wird der Kampf gegen den Absolutismus für das russische Proletariat das nächste Ziel und die Bedingung seiner weiteren Entwickelung sein.

Unter welch' schwierigen Bedingungen der Kampf der russischen Arbeiter sich vollzieht, ist Euch bekannt. Tausende schmachten in Gefängnissen und in Sibirien. Doch alle Verfolgungsmaßregeln werden das russische Proletariat nicht einschüchtern, es wird nicht vom Kampfe ablassen, bevor es seine Befreiung von politischer Knechtschaft erreicht hat.

Wir ehren das Andenken der Kämpfer des Jahres 1848, als unserer Lehrer in dem Kampfe um politische Freiheit, wir ehren das Andenken an ihren Heldentod im Kampfe um die Freiheit!

Die Vereine für den Kampf um die Befreiung der arbeitenden Klasse in Petersburg, Moskau, Kiew und Jekaterinoslaw und der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund Rußlands und Polens.

Griechenland.

An dem griechisch-türkischen Krieg haben nach einer offiziellen Statistik auf griechischer Seite 63107 Soldaten theilgenommen, wobei die Reservisten der

---

Die Mauer.

Humoreske von Jules Renard in Paris.
Anorzisirte Uebersetzung von K. E. Schmidt.

I.

H. E. Sie waren sich böse oder gut von ganzem Herzen, und jedes Vierteljahr hatten sie eine Woche lang Streit miteinander. Eine Zeitlang waren sie die besten Nachbarinnen von der Welt, und plötzlich schienen sie einander gar nicht mehr zu kennen. Alsbald machte sich dann Frau Morvaud daran, die Fehler ihrer Nachbarin, Frau Gagnard, aufzuzählen. Bei dieser arbeitete die Zunge vielleicht nicht so leicht, aber dafür gelang es ihr am häufigsten, die Letzte beim Nachgeben zu sein. Aber endlich lächelten sie einander wieder zu.

Frau Gagnard wurde zu einem Besuch eingeladen und betrat die Wohnung ihrer Nachbarin, wo sie von Neuem die Sauberkeit der Fenster, des Ofens, der Lade, des Geschirrs und vor Allem des Wassereimers bewunderte, der so einladend glänzte, daß man vom Ansehen Durst bekam.

„Wie stellen Sie es nur an, Alles so sauber zu halten? Bei mir ist es immer schmutzig."

Dies log sie, um die Andere auszuforschen.

„Bei Ihnen," antwortete Frau Morvaud, „könnte man glauben, Sie leckten die Möbel ab."

Und so tauschten sie Komplimente aus, ohne ihrer Würde etwas zu vergeben.

Auf der Thürschwelle gerieth Frau Gagnard nochmals in Ekstase vor dem Misthaufen der Morvaud's. Er war viereckig, glatt und regelmäßig geformt, Pfähle und Baumzweige hielten ihn zusammen, und man konnte über eine schräggelegte Planke hinaufgehen, wie auf eine Bühne.

„Lassen Sie sich bald mir sehen, Schatz!" sagte Frau Gagnard.

„Ich komme bald!" antwortete Frau Morvaud.

II.

Worüber sie sich an diesem Tage entzweit hatten, brachte das Dorf nie in Erfahrung. Die Einen behaupten, die Gagnard hätte einen Eimer Spülwasser in den gemeinsamen Hof geschüttet; die Anderen, zu denen der Schulmeister gehört, berichten, die Morvaud hätte ihrer Nachbarin einen Korb fauler Aepfel, vielleicht unabsichtlich, zwischen die Füße geworfen. Und was geschah nachher? Die Gagnard zerbrach mit einer Mistgabel einer Gans, die ihr nicht gehörte, beide Beine, und die Morvaud drehte einem Gänserich den Hals um, ohne das Recht dazu zu haben. Und dann machten sich Beide tapfer daran, ihre Stimmen zu gebrauchen. Die Morvaud schalt, und die Gagnard schimpfte. Die Morvaud lief in den Hof, raffte Dinge auf, die sie fallen ließ, um sie wieder aufzuheben, und zerkratzte sich mit aufgeregten Fingern das Gesicht. Ihre einzige Beschäftigung bestand darin, laute Schreie auszustoßen, die nicht sehr harmonisch, aber recht kriegerisch klangen. Häufig näherte sie sich der Feindin, indem sie ihre nach dem Gesichte der Gagnard zuckenden Hände hinter dem Rücken festhielt. Und auf ihren kleinen rothen Kopf, auf ihren Hals, auf ihre Schultern hagelten wie eine überheiße Douche die kochenden Schimpfworte der Gagnard hernieder. Diese blähte sich auf wie ein Truthahn, wenn sie so mit gekreuzten Armen, keuchend vor Wuth, ihre Gegnerin anschrie. So standen sie einander gegenüber, heulten und zeterten und waren nahe daran, vor Zorn zu platzen.

III.

Die Morvaud zog sich aus dem Hof zurück und betrat die Schreinerwerkstatt ihres Mannes. Sie warf sich auf die Hobelspähne und blieb lange Zeit liegen, ohne ein Wort zu sprechen. Sägemehl klebte sich an ihr schweißbedecktes Gesicht. Sie drehte sich mechanisch einen Ring aus einem Hobelspahn. Mit trockenen Augen seufzte sie von Zeit zu Zeit, daß es fast wie Schluchzen klang.

Philipp Marvaud sah nicht nach ihr hin. Er war ein kaltblütiger Mensch und brachte sein Leben mit Nachdenken zu. Wenn er ein Brett gemessen hatte, so maß er es noch einmal, und wenn er dieselbe Länge fand, dachte er nach.

Besonders aber dachte Philipp nach, wenn er einen Sarg machen mußte. Dann nahm er seine Maße, ohne die Leiche zu berühren, und er zitterte in allen seinen Fasern, wenn er dachte, er könne am Ende zu knapp arbeiten, so daß man den Todten zusammenknicken müsse.

„Das kann nicht so bleiben," stöhnte die Morvaud dumpf.

Philipp erwiderte keine Silbe. Er hatte ein gehobeltes Brett vor sich und schaute jetzt nach Unebenheiten aus, indem er ein Auge schloß. Dann fuhr sein Hobel rasch darüber hin und schaffte die Buckel in dünnen Streifen weg.

„Dieses Leben ist nicht zum Aushalten!" sagte die Morvaud und fügte hinzu, es müsse ein Ende gemacht werden.

Philipp widersprach nicht, stimmte auch nicht bei. Er begann nachzudenken.

Die Morvaud setzte ihm die Sache auseinander. Sie war ruhig, und um gerecht zu erscheinen, insultirte sie Niemanden. Sie räumte ein, weder sie noch die Andere war sehr sanftmüthig. Sie hatte nichts dagegen. Zugegeben, auf beiden Seiten ist man im Unrecht. Wenn man sich nicht mehr vertragen kann, geht man am besten auseinander.

Nomarchien Larissa und Trikala, deren Verzeichnisse verloren sind, nicht miteingerechnet sind. Die Zahl der Freiwilligen betrug 8221, darunter 7832 vom Auslande und **389** aus dem Innern. Die Zahl der Todten beträgt im Ganzen 698, darunter 588 Soldaten, 41 Korporale, 34 Unteroffiziere und 35 Offiziere verschiedener Grade. Vom Dienste befreit wurden nicht weniger als 55115 Personen, d. h. es sind so viele von den 10 Jahresklassen (1885—94), die mobil gemacht wurden, nicht unter die Waffen gerufen worden! Die „besseren Stände" haben also ihre Söhne hübsch zu Hause behalten; dafür durften die armen Teufel bluten! Die Herren Offiziere scheinen dem berühmten „Tod für das Vaterland" das „Leben für's Vaterland" bedeutend vorgezogen zu haben, was übrigens gar nicht zu verwundern ist, wenn man sich des vom Oberfeldherrn aus dem erhabenen Königsgeschlecht gegebenen Beispieles erinnert.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Curau lüb. Anth. ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Schuhmachers Heinrich Friedrich Bartels der Hufner Johannes Heinrich Löding zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Löding ist in genannter Eigenschaft obrigkeitlich bestätigt und auf gewissenhafte Amtsführung eidlich verpflichtet.

Aus Nah und Fern.

Eine Reminiszenz an die Märzfeier vor 25 Jahren. Am 18. März 1873 hat die Berliner Polizei sich ein Stücklein geleistet, das werth ist, der Vergessenheit entrissen zu werden. Nachdem die Ordnungsstützen schon am Morgen den Zugang zum Friedhof der Märzgefallenen nach Kräften erschwert hatten, wurden Nachmittags 3 Uhr die Besucher zurückgedrängt, worauf sich auf dem Platze vor dem Friedhofe 200 Schutzmänner aufpflanzten. Mit harmloser Neugier stand das Publikum der Aufstellung gegenüber. Die damalige Generation hatte mit Säbeln und Gummischläuchen noch keine Bekanntschaft gemacht und erwartete wohl ein schutzmännisches Exerzitium. Aus dem Publikum heraus, so wird der „Berliner Zeitung" geschrieben, flog plötzlich ein faustgroßer Stein — in der ganzen Gegend lagen keine umher, er mußte also mitgebracht sein — in die Reihen der Schutzmannschaft und traf einen Schutzmann am Mantelzipfel. „Herr Hauptmann! Soeben bin ich von diesem Stein getroffen worden!" so meldete der betreffende Schutzmann. „Stecken Sie den Stein in die Tasche!" gebot der Hauptmann und dann blieb Alles Minuten lang still. Der Mann aber, der aus dem Publikum heraus den Stein geworfen hatte, trug einen verschlissenen braunen „Sammet-Manchesteranzug" (d. h. einen Anzug von baumwollenem Sammet, wie ihn Thüringer und Harzer Händler oft tragen) und war unter Zehntausenden kenntlich. Dieser „Sammet-Manchestermann" schlich sich seitwärts fort, machte einen Bogen und stellte sich plötzlich in das zweite Glied der uniformirten Schutzmannschaft! Etwa fünf Minuten hatte die Schutzmannschaft nach dem Steinwurfe stillgestanden. Ebenso still aber auch das harmlose Publikum. Plötzlich — und zwar im Augenblicke absoluter Ruhe — hob der Polizeihauptmann an: „Im Namen des Gesetzes fordere ich auf, den Platz zu verlassen!" Diese Aufforderung blieb völlig wirkungslos. Der Hauptmann erließ seine Aufforderung zum zweiten Male, setzte sich nun aber sofort über das Gesetz hinweg, statt der dritten Aufforderung ertönte sein Kommando: „Los!" Blitzschnell zogen die Schutzleute blank und ließen ihre Klingen auf das erschreckte Publikum niedersausen. Auf dem unebenen und theils mit kleinen dürren Sträuchern bestandenen, theils durch Gruben unterbrochenen Terrain stürzten die Leute in jäher Flucht massenhaft und die Folgenden stürzten über die Leiber der Gefallenen. Auf diese Menschenhaufen schlugen die Schutzleute unbarmherzig ein, gleichviel, ob sie Männer, Weiber oder Kinder trafen. Die den Mißhandlungen glücklich Entronnenen waren froh, als sie unbehelligt die breite Fahrstraße erreichten, welche damals von der Mitte des Hains nach dem Landsberger Thor führte. Hier nahte sich eine neue Gefahr. Während der Straßendamm völlig menschenleer war, sprengten berittene Schutzleute auf den Fußwegen entlang mitten hinein in Massen von Männern, Weibern und Kindern, die schon glaubten, der Gefahr glücklich entronnen zu sein. Den Schlußakkord fand die 25jährige Gedenkfeier am Landsberger Platz. Dahin drängte Alles, was den Säbelhieben entronnen war, aber dort hielt auch Alles aufathmend an. Man sah noch die Schutzleute aus dem Gebüsch hervorbrechen und die Flüchtigen noch auf dem Landsberger Platz mit Säbelhieben traktiren. Allmählich sammelte sich wieder ein Kommando von Schutzleuten beim Steuerhause, wo etwa hundert Menschen standen. Unter diesen befand sich wieder der obenerwähnte „Sammet-Manchestermann" Dieser selbe Mann warf wieder einen Stein nach den Schutzleuten, griff aber in demselben Moment seinen Nachbar und verhaftete denselben mit den Worten: „Sie haben mit einem Steine nach den Schutzleuten geworfen!" Der Mann wurde sofort abgeführt. Händeringend blieb seine Frau mit einem Kinde zurück. „Mein Mann hat ja nichts gethan!" — Umsonst! — Der Mann hat die That eines Polizeiagenten mit 4½ Jahren Gefängniß büßen müssen. Schreiber dieses hat der Frau seine Karte gegeben, um als Zeuge zu dienen, in ihrer Verzweiflung mag die Frau die Karte verloren oder vergessen haben. Zahlreiche andere Verurtheilungen sind dieser einen gefolgt.

Ein Wunder. In einem in Berlin herausgegebenen katholischen Blatte wird erzählt, daß am 19. Febr., Vormittags 11½ Uhr, ein katholischer Knabe vor einem schweren, mit Möbeln und Stroh beladenen Wagen hinfiel. Ein Rad des schweren Wagens ging ihm über beide Schenkel. „Die Aufregung der Kinder und der übrigen Personen, welche Zeugen des Unglückes waren, kann man sich, so heißt es weiter, leicht vorstellen. Sofort eilten Alle herbei, um den Knaben, welchen sie zermalmt glaubten, aufzuheben. Aber bevor sie ihn erreicht hatten, war er schon wieder auf den Füßen. Alle seine kleinen Gefährten riefen bebend vor Schrecken: „Er stirbt, er stirbt!" Der Knabe lief zu seiner Mutter, ihr seinen Fall erzählend. Ein herzugerufener Arzt konnte nur bestätigen, „daß das Kind keinerlei Verletzungen erlitten hatte; nur eine etwas dunklere Stelle der Haut zeigte die Spuren des Rades". Wie ist das möglich? Nun sehr einfach! Der Knabe, der ein Bild des heiligen Joseph in der Tasche hatte, als der schwere Wagen über ihn hinwegfuhr, erzählte, er habe dabei den Namen Joseph ausgestoßen und an ihn gedacht, und so habe er „nichts davon gemerkt, daß eine schwere Last auf ihn gedrückt habe". Es wird nicht vergessen, hinzuzufügen, daß die Mutter, obwohl sie arm ist, fleißig für den heiligen Joseph kleine Geschenke opfert.

Es rächt sich! Der Fürst von Fürstenberg löst seinen Rennstall auf und betheiligt sich künftighin nicht mehr an den badischen Rennen. Darob große Bestürzung unter den Pferdeschinderfexen. Sie haben auch gleich den Grund entdeckt und posaunen ihn zur höheren Ehre des Fürstenbergers in alle Welt, indem sie schreiben: „Jedenfalls ist der Fürst verstimmt, daß er für die ungeheure Erbschaft seines verstorbenen Vetters Fürsten Karl Egon zu Fürstenberg in Donaueschingen trotz erhobenen Einspruches die gesetzliche badische Erschaftssteuer bezahlen muß. Das hat zunächst zu einem Verzicht auf die gesellschaftlichen Tage in Baden und weiterhin zum Rückzug vom aktiven Rennbetrieb geführt." Wer wird aber einem der „Edelsten und Besten" so kleinliche Motive unterschieben!

Die Herren Apotheker gebaren sich häufig so, daß der vernageltste Krautjunker seine Freude daran haben und sich ein nachahmenswerthes Beispiel daran nehmen kann, wenn sein Ideal darin besteht, ein möglichst schneidiges Auftreten zu zeigen. Die „Pharmazeutische Zeitg.", das Organ der Apotheker, brachte dieser Tage folgendes Inserat:

> Umständehalber will mein
> **Arzt**
> von hier, der gut verschreibt und sonst prächtiger Mensch ist, sein Domizil ändern. Kollegen, die einem Arzte gute Praxis nachweisen können, wollen Adressen an Landapotheker Hamburg unter Ph 2012 an die Expedition dieser Zeitung senden.

„Mein" Arzt, der „gut verschreibt" usw., klingt das nicht gerade so, wie wenn z. B. ein Geschäftsmann seinem Angestellten, mit welchem er zufrieden war, zu gutem Fortkommen verhelfen möchte und nun inserirt:

> „Umständehalber will mein Stadtreisender, der jahrelang mit bestem Erfolg für mich thätig war und auch sonst ein prächtiger Mensch und unterhaltender Gesellschafter ist, sich verändern. Kollegen, die auf eine erste Kraft reflektiren, wollen ihre Adresse . . usw."

Und derartige anmuthige Geschäfte werden ganz offen in den Spalten der Apothekerpresse betrieben! Wie wahr ist doch das Wort: „Die Apotheken sind die Bordelle, in denen sich die Wissenschaft prostituirt, und die Aerzte sind, bewußt oder unbewußt, freiwillig oder gezwungen, die Zuhälter"! Und wie aussichtslos muß es erscheinen, daß der ärztliche Stand jemals aufhören kann, dem Apotheker das Publikum schröpfen zu helfen, so lange er nicht als Staatsbeamter oder sonstwie in fester Stellung materiell unabhängig gemacht und aus der Hörigkeit dieser privilegirten Schmarotzer befreit wird.

Varel i. O. In Loy Rastede verbrannte beim Brande seines Wohnhauses der Arbeiter Schelling mit seinen fünf Kindern. — Kaiserslautern. Das Schneiderehepaar Schwarzelbach ist unter dem Verdacht, seine drei Söhne im Alter von 16, 14 und 12 Jahren vergiftet zu haben, verhaftet. Der zweitälteste Knabe ist todt. — In Rath b. Düsseldorf wurde ein Maurer von einem Gensdarmen erschossen. 14 Maurer waren in Streit gerathen; der Gendarm wollte Ruhe stiften, will aber angegriffen und in Nothwehr gehandelt haben.

Ein Riesengeschäft. Das eben jetzt in eine Aktien-Gesellschaft verwandelte Thee- und Delikatessengeschäft Lipton in London besitzt 250 Zweiggeschäfte in England, 3000 Agenturen in 36 Staaten, eigene Ceyloner Theeplantagen und eine Transportflotte. Lipton's Zollrechnung für Thee-Import beträgt an manchen Wochen in England allein 50 000 Pfund.

Ein Verschönerungsarzt. Stürmische Heiterkeit erregte im Gerichtshofe von New-York die Schadenersatzklage eines Fräulein Brooke, einer alten Dame aus Denver in Colorado, die wegen Vernichtung ihrer Schönheit 50 000 Dollars (200 000 Mark) fordert. Sie hatte sich an den „Verschönerungsarzt" gewandt, der nach „wissenschaftlicher Methode" die verlorene Schönheit wieder herzustellen in einem verlockenden Prospekte versprach. Die runzlige Stirnhaut ist einfach nach rückwärts zu ziehen, so daß sie gespannt und dadurch auch den Augenbrauen eine horizontale, ebenmäßige Linie verliehen wird. Die Ohrläppchen sind zu verkürzen, wodurch sie mehr mit den übrigen Gesichtsparteien harmonieren werden. Die Augenlider hängen zu sehr herab, sie müssen deßhalb emporgewöhnt werden, damit die Augen größer und glänzender erscheinen. Und endlich das Wichtigste. Damit das Gesicht nicht nur einen jugendlichen Ausdruck, sondern auch den schelmischen Reiz, das „gewisse Etwas" erhalte, das die Männer unwiderstehlich anzieht, verpflichtete sich der „Doktor", der Dame ein richtiges „Grübchen" in's Kinn zu praktiziren. Wer war glücklicher als Fräulein Brooke? Nun ging's an das Operiren. Erst wurde ein Einschnitt in die Kopfhaut gemacht, ein Streifen davon entfernt und dann nähte man die getrennten Theile wieder zusammen. Das that weh, aber die Stirn glättete sich und die Brauen zogen sich hoch. Dann machte der Institutsmodelleur mehrere Schnitte am Kopfe, hinter den Ohren, an den Lidern, unterhalb der Nase, an dieser selbst und endlich den famosen Grübchenschnitt am Kinn. Die Haut wurde dann zurückgezogen, genäht und blieb in diesem Zustande bis Heilung erfolgte. Als alle diese Operationen vollendet waren, erklärt der Schönheitsdoktor, jetzt sei es genug und Fräulein Brooke werde bald wie eine Venus in frischem Jugendreize strahlen. Nach mehreren Monaten kam Fräulein Brooke zur Erkenntniß, daß sie Geld, Zeit und Schmerzen umsonst aufgewendet hatte. Ihr Gesicht zeigte eine ganze Sammlung von Krähenfüßen, statt des schönen Grübchens stellte sich — eine häßliche Narbe ein. Die gestutzten Ohrläppchen krümmten sich nach auswärts. Fräulein Brooke will nun für die ausgestandenen Schmerzen und noch mehr für die grausame Vernichtung ihrer Zukunftsträume mit rund 50 000 Dollars entschädigt werden.

„Nun, was sagst Du dazu, Philipp?"

„Donnerwetter!" sagte Philipp. „Kehr' ihr den Rücken!"

„Wenn sie aber zu mir spricht?"

„Gieb keine Antwort!"

„Damit sie mich Gans schimpft."

„Dann gieb es ihr zurück," sagte Philipp. „Wenn Du einer langen Stange alte Lumpen anzögest und die Vogelscheuche in der Nacht vor ihrem Fenster aufstelltest, so würde die Gagnard sich am Morgen gehörig ärgern. Man kann es ja versuchen."

„Du thust mir leid," sagte die Morvaud.

„Donnerwetter!" sagte Philipp.

Der Fall interessirte ihn. Gern hätte er einen anderen Rath gegeben, aber er hatte keinen. Er nahm seine Pfeife, stopfte sie, und da er inmitten seiner Hobelspähne Angst vor Feuersgefahr hatte, begann er ernsthaft und ruhig kalt zu rauchen. Von Zeit zu Zeit schob er die Pfeife in den anderen Mundwinkel oder nahm sie ganz heraus, spuckte auf den Boden, trocknete sich die Lippen und schien im Begriff, etwas zu sagen. Es war ein falscher Alarm. Einmal nahm er seine Brille von der Nase, legte sie feierlich zusammen und deponirte sie in einer sauberen Ecke der Hobelbank. Man hätte geschworen, er sei zu einem Entschluß gekommen. Die Morvaud wartete. Aber Philipp wartete ebenfalls.

„Weißt Du was?" sagte endlich die Frau des Schreiners; „ich habe eine Idee."

Sie hoffte, daß Philipp antworten würde: „Welche?" Philipp schwieg.

„Und ich habe nur Deinen Rath verlangt, um Dir zu zeigen, daß Du noch dümmer bist als ich."

Philipp dachte nicht daran, seinen Hammer zu ergreifen oder überhaupt eine nach Revolte schmeckende Bewegung zu machen. Er hatte schon andere Dinge angehört und kannte die Frauen, seine eigene nicht ausgenommen. Die Morvaud gab es auf, seine Effekte herauszuklügeln, sondern befahl einfach:

„Du gehst zu Gagnard und verständigst Dich mit ihm, eine Mauer zu bauen, die den Hof in zwei Hälften theilt, hoch genug, daß ich die Person nicht mehr zu sehen brauch', aber nicht zu hoch, so daß ich den Hahn auf dem Kirchthurm sehen kann, denn ich höre besser das Messeläuten, wenn ich den Hahn betrachte."

„Das wird theuer sein," sagte Philipp.

„Gagnard muß die Hälfte bezahlen. Er hat soviel Nutzen davon wie wir. Jeder hat dann seinen eigenen Hof."

„Die Sache gefällt mir nicht sehr," sagte Philipp. „Gagnard ist ein guter Kerl."

„Und mir gefällt die Sache sehr gut," erwiderte die Morvaud. „Und dann, vor allen Dingen gehst Du mir von heute an Deinem Gagnard aus dem Wege!"

„Er hat mir nichts gethan."

„Es schickt sich nicht, daß die Männer gut Freund bleiben, wenn es die Frauen nicht mehr sind."

„Die Feindschaft wird nicht lange dauern."

„Nun hör' aber auf, Philipp. Wenn Du das noch einmal sagst, werde ich ernstlich böse. Wahrhaftig, ich wollte lieber mit unserem Schwein gut Freund sein, mit unserem Schwein!"

„Ja, was soll ich da zu Gagnard sagen?"

„Sag' ihm, Du wolltest nichts mehr mit einem Dreikäsehoch zu thun haben, dessen Beine aufhören, wo bei anderen Leuten die Knie sitzen."

„Na, na," meinte Philipp.

„Jawohl, sechs Zoll lange Watschelbeine! Hast Du etwas dagegen?"

(Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtliche in Lübeck.